

# MITTEILUNGEN

Humanistische  
Union

der HUMANISTISCHEN UNION e.V.

Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte

## Welcher Humanismus?

**Gedanken zum bürgerrechtlichen Lagebild Mitte 2002**  
Schon die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum der HUMANISTISCHEN UNION, aber auch die Delegiertenkonferenz Mitte September 2001 waren überschattet von den Attentaten in den USA. In den folgenden Monaten gab es vermutlich für zahlreiche von uns, auch für den Bundesvorstand, kaum ein Thema, was zeitlich und inhaltlich mehr herausgefordert hat, als die Sicherheitspakete von Rot-Grün. Podiumsdiskussionen wurden organisiert, warnende Artikel geschrieben, zur Zurückhaltung mahnende Presseerklärungen veröffentlicht - allerdings entstand nach Aussagen einiger mehr denn je der Eindruck, unsere Botschaft, die „Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte“ dringe kaum noch durch. Der Bundesvorstand hatte sich unter anderem in einer Erklärung an die Abgeordneten des Bundestages gewandt und diese - letztlich ebenfalls vergeblich - aufgefordert, die geplante Einbringung biometrischer, also unveränderlicher und automatisch auslesbarer Merkmale von Bürgern in Pässen, Personalausweisen und in den unterschiedlichen Ausweispapieren der bei uns lebenden AusländerInnen zurückzuweisen. Immerhin war Till Müller-Heidelberg (neben drei Beiratsmitgliedern) als Sachverständiger in den Innenausschuss eingeladen und konnte dort vehement unsere aus bürgerrechtlicher Sicht glasklare Ablehnung des sogenannten *Terrorismusbekämpfungsgesetzes* verteidigen. Zumindest ein Ergebnis unserer Kritik - im Verbund mit anderen Bürgerrechtsvereinigungen - dürfte das ausdrückliche Verbot der Errichtung einer Zentraldatei aller biometrischen Daten sein, das in der Begründung der einschlägigen Gesetzesvorschriften festgehalten wurde.

### Inhalt:

- 25 Welcher Humanismus?
- 26 Fortsetzung: Welcher Humanismus?
- 28 Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus - ein offener Brief
- 31 HU-Diskussionsredaktion
- 32 HU-Pressemittelungen
- 35 HU-Tagungsberichte und -hinweise
- 40 Zur Kriegserichtbarkeit
- 41 Buchbesprechungen
- 43 Jus belli - Ulrich Vultejus
- 44 HU-Nachrichten

Verbandstag  
der HUMANISTISCHEN UNION  
vom 21. bis 23. Juni  
im Weiterbildungszentrum  
der VHS Düsseldorf  
Anmeldung nicht erforderlich.  
Auskunft erteilt die Bundes-  
geschäftsstelle der HU.  
Telefon: 0 30 / 20 45 02-56

*Auf nach Düsseldorf zum Verbandstag der HU!*  
Am 21. bis 23. Juni im WBZ gleich beim Hauptbahnhof (Bertha-von-Suttner-Platz 1)! Am Freitagabend ab 19 Uhr spricht die HU-Beträtin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum Thema „Abschied vom Grundgesetz“. Am Samstag und Sonntag gibt es Referate und Diskussionen u.a. zu den Themen Menschenwürde, Zuwanderung, Gentechnik und Europäische Verfassung ...

### Technik und Bürgerrechte

Wer in die Geschichte der HU zurückschaut, wird nicht wenige für den Verband zentrale Themen finden, die letztlich eine intensive Auseinandersetzung mit und eine Reaktion auf die Entwicklungen der modernen Technologie darstellen. Nichts anderes war im Kern die Volkszählungsdebatte oder die unsere Arbeit prägende und seit den 70er Jahren kontinuierlich betriebene Ausweitung polizeilicher Ermittlungsbefugnisse (zum Beispiel Raster- und Schleierfahndung) sowie die Ausstattung von Polizei und Geheimdiensten mit neuen technischen Hilfsmitteln (ganz aktuell: der sogenannte IMSI-Catcher). Intensiv wahrgenommene, auch erfolgreiche Aufgabe der HU war und ist aus meiner Sicht dabei, in der politischen Debatte diejenigen Kräfte zu fördern und zu stärken, die sich ernsthaft für eine nach den Prinzipien unserer Verfassung ausgerichteten, aktiven Gestaltung der sich je neu darstellenden und oftmals die Bürgerrechte gefährdenden Verhältnisse einsetzen.

Fortsetzung auf Seite 26

## Welcher Humanismus?

Fortsetzung von Seite 25

### Welchen Humanismus heute?

Auf einer Podiumsdiskussion zum 11. September wurde ich kürzlich von der Moderation befragt, wie ich es denn nun mit dem Humanismus halten würde, ob er denn nun eine Neuausrichtung erfahren müsse? Ich muss gestehen, dass ich eher trotzig reagierte und auf die anwaltliche Funktion der HUMANISTISCHEN UNION gerade in schwierigen Zeiten verwies, ganz nach dem Motto „jetzt erst Recht“. Davon möchte ich nun auch nichts zurücknehmen. Aber wir sollten uns klarmachen, dass unter der Fragestellung „welchen Humanismus brauchen wir“ derzeit Neugewichtungen auch in vormals HU-nahen Bereichen der Gesellschaft vorgenommen werden. Da sieht einer wie Peter Glotz heute die Menschenwürde vor allem bedroht durch einen neuen Dreißigjährigen Krieg, weil der sich unter der Gefahr des Terrorismus immer deutlicher abzeichnende starke Staat dann seine Anhänger verlieren könne, wenn diese ihm die Gewährleistung versprochener Sicherheit nicht mehr zutrauten. Und er identifiziert damit den Terrorismus selbst als die eigentliche Bedrohung auch der Bürgerrechte, selbst wenn er sich insgesamt eher skeptisch zu den Möglichkeiten von mehr Sicherheit durch weitere Grundrechtsverkürzungen äußert.

Aus meiner Sicht wird auch heute noch völlig zu Recht die zunächst etwas allgemein formulierte Forderung nach „menschenswürdigen Lebensbedingungen“ als die zentrale Frage des Humanismus genannt. Für den Bundesvorstand der HU kandidiert hatte ich etwa konkret mit dem Versprechen, mich für die beiden thematischen Schwerpunkte „Fragen der Gentechnologie sowie des Datenschutzes“ einzusetzen. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung und die Antwort auf diese Technikentwicklung scheint mir – neben zahlreichen anderen Fragen – beispielhaft für die Tätigkeit einer auf den Erhalt der Demokratie und die Bewahrung und Fortschreibung der Grundrechte gerichteten Vereinigung zu sein. Gerade hier sehe ich Entwicklungen, die uns die unsicheren „Bedingungen der Möglichkeit“ verdeutlichen, von uns als freien und gleichen DemokratInnen zu sprechen.

### Gentechnik und Bürgerrechte

Auf der 17. Delegiertenkonferenz der HUMANISTISCHEN UNION vergangenen Jahres in Berlin forderten gleich zwei Anträge aus dem Plenum unabhängig voneinander die Befassung des Verbandes mit den gesellschaftlichen Folgen der Entwicklungen in der Gentechnologie. Mit großer Mehrheit beschloss daraufhin die DK „die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, welche sich u. a. mit den gesetzlichen Voraussetzungen, den ethischen Grundlagen und möglichen Folgen der Biotechnologie, insbesondere mit Blick auf die Menschen- und Bürgerrechte“ befassen sollte. Rechtzeitig zum Verbandstag am 22. Juni diesen Jahres wird die Arbeitsgruppe vom Verlauf der Diskussion und den Ergebnissen ihrer Treffen berichten. Hoffentlich kann diese „Mini-Enquête“ den Anstoß für eine weitere interne Selbstverständigung ggf. sogar eine gemeinsame Position der HUMANISTISCHEN UNION in diesen Fragen bieten.

Zu den Problemfeldern der Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens gezählt wird heute auch die Frage des gentechnologischen Umgangs mit dem Menschen. Hier befinden wir uns auf einer vorgelagerten, grundlegenden Ebene der Bürgerrechte, bei der, wie etwa von Jürgen Habermas vertreten, eine zentrale Grundannahme unserer Gesellschaftsordnung ins Wanken geraten könnte. Er meint, mit der fortschreitenden Entwicklung und der möglicherweise nicht mehr aufzuhaltenden Ausbreitung des Einsatzes gentechnischer Test-, Klonierungs- und Selektionsverfahren könnte unser normatives, auf gegenseitiger Akzeptanz beruhendes Gesellschaftskonzept und damit unser menschliches Selbstverständnis als Freie und Gleiche Schaden nehmen. Denn wie gehen (Gruppen von) Menschen miteinander um, die, womöglich je irreversibel in ihrem Erbgut verändert, nach je unterschiedlichen Vorstellungen ihrer Schöpfer, also von Menschen zumindest mitkreiert worden sind. Wird es auch hier zu einem Gefälle zwischen Mittellosen und denjenigen kommen, die sich dann einen genetisch optimierten Nachwuchs leisten können? Moderate BefürworterInnen der Gentechnik dagegen verweisen auf die Grenzen des derzeitigen Standes der Technik und sehen in der Debatte negative Utopien am Werk. Sie fragen konkret: Darf der Staat einem jungen Paar die Möglichkeit verschließen, auf dem Wege der bereits anerkannten In-Vitro-Fertilisation ein eigenes Kind zu bekommen, bei dem aus mehreren Embryonen ein auf bereits bekannte Erbkrankheiten Untersuchtes ausgewählt wird (und die überzähligen, möglicherweise erbkranken Embryonen zu Forschungszwecken verwendet oder vernichtet werden). Oder sollte, so fragen die BefürworterInnen, bis zur Pränataldiagnostik zugewartet werden, um dann, allerdings ganz legal nach eugenischer Indikation abtreiben zu können? Welche Bedeutung messen wir BürgerrechtlerInnen eigentlich Artikel 1 GG im Kontext dieser Auseinandersetzung zu?

### Globalisierung und Bürgerrechte

Ein anderes wichtiges bürgerrechtliches Thema stellt die im weltweit agierenden, digitalen Kapitalismus sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich dar. Für viele sind überhaupt die GlobalisierungskritikerInnen derzeit die legitime und maßgeblich zu unterstützende soziale Bewegung. Aber geht nicht die Schere bereits heute auch mitten durch unsere Gesellschaft und setzt nicht erst an der Grenze zu Indien an? Bewegt (oder lähmt) nicht die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz die BürgerInnen weit aus mehr als die „saturierte Frage“ nach letztlich abstrakt bleibenden Bürgerrechten? Gleichwohl oder gerade deshalb könnte für die HU die Frage aufgeworfen sein, ob nicht mit der Beteiligung am Ausbau der in der *Attac-Bewegung* noch recht offenen und unfertigen Strukturen einigen unserer bürgerrechtlicher Forderungen größerer Nachdruck verliehen werden könnte. Auf ähnliche Weise ist es uns ja auch in diesem Jahr wieder gelungen, als Mitglied des angesehenen Netzwerkes *Forum Menschenrechte* ganz wesentlich die innenpolitischen Forderungen

Fortsetzung auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

mitzugestalten sowie dort im Zusammenspiel mit international agierenden Verbänden und Gruppen über unseren nationalen Tellerrand zu schauen. Dazu vielleicht am Rande bemerkt: Jutta Limbach, Festrednerin unseres 40-jährigen Jubiläums, hat als neu ernannte Leiterin des Goethe-Instituts angekündigt, sie werde sich für die Vermittlung und Darstellung des Rechts, insbesondere den Bürger- und Menschenrechten als einem zentralen Bestandteil europäischer Kultur, verstärkt einsetzen wollen

### Grenzverschiebungen

Viel ist von wahrnehmbaren Grenzverschiebungen die Rede und Dieter Grimm hat kürzlich einige weitere, neben der bereits genannten Relativierung der Grenzen des bislang als sicher festgelegt geglaubten Lebens etwa durch Biotechnik und lebenserhaltende Maßnahmen, genannt:

Informationstechnik und Bürgerrechte

Weiterhin verändert die Informations- und Kommunikationstechnik unsere Gewohnheiten und Verhaltensweisen. Nicht mehr nur Telefon und Fax, sondern auch das Internet und das E-Mail ist heute für viele von uns Teil des Alltags. Der Bundesvorstand hat sich deshalb dieses Jahr entschieden, unseren Auftritt (die Webseiten) im Internet zu erneuern und die Möglichkeiten der Nutzung, zum Beispiel das Bereithalten von aktuellen Texten, Pressemitteilungen etc. zu verbessern.

Die Ambivalenz zunehmender Digitalisierung spiegelt sich unter anderem in der damit verbundenen, fortlaufenden Speicherung nahezu aller Datenströme, die heute eine umfassende Überwachung der Kommunikationsstrukturen möglich macht. Hier hat sich die Grenze sowohl des staatlichen als auch privaten Missbrauchs im Umgang mit privaten Daten von BürgerInnen enorm ausgeweitet. Der Kampf um die Herrschaft über die „Schnittstellen“ der elektronischen Netze wird ganz aktuell geführt. Datenschutz bleibt damit ein zentrales Grundrecht, das allerdings seiner effektiven Verwirklichung jenseits von bislang mehr oder weniger symbolischer Gesetzgebung harrt.

Es muss in einer undurchsichtiger werdenden und komplexen Welt mehr denn je auch von einer starken Informationsfreiheitsgesetzgebung gegenüber Staat und anderen starken Institutionen flankiert werden. Die Demokratie lebt von der Informiertheit ihrer Bürger und schützt sich so vor weiterer Passivierung, Politikmüdigkeit und empfundener Ohnmacht gegenüber denjenigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die wir geändert sehen möchten.

### Staat und Bürgerrechte

Nicht zuletzt die Grenzen des Staates selbst verschwimmen – durch Europäisierung, Globalisierung und Internationalisierung von Aufgabenfeldern und Entscheidungsabläufen vorangetrieben – auf eine Weise, die uns nach dem angemessenen Ausgleich für dadurch bewirkte rechtsstaatliche und demokratische Verkürzungen fragen lässt. Wie geht etwa die auf Deutschland ausgerichtete HU damit um, dass in diesen Tagen auf europäischer Ebene mit der Unterstützung des europäischen Parlamentes Rechtsvorschriften zur allgemeinen Speicherung telefonischer Verbindungsdaten für mindestens sechs Monate geschaffen

werden? Mit dieser nach deutschem Verfassungsrecht tendenziell unzulässigen Vorratsdatenspeicherung zu Ermittlungszwecken werden bürgerrechtlich schwerwiegende Fakten geschaffen, was die (zukünftig vermehrt europäische) Straftatbekämpfung der Zukunft angeht. Und droht uns nicht letztlich die Auszehrung unserer verfassungsrechtlichen Gewährleistungen, wenn auf EU-Ebene keine dem Grundgesetz gleichwertigen Bürgerrechte und keine ausreichend demokratischen Strukturen gewährleistet werden können?

### Private und Bürgerrechte

Nach innen schließlich agiert der Staat seit einigen Jahren derart, dass von einer Verschiebung der rechtlichen Grenzen zwischen privat und öffentlich gesprochen werden kann. Kommt der Staat ausreichend seinen Schutzpflichten nach, die sich aus der Privatisierung zahlreicher vormals staatlicher Aufgaben ergeben? Erhalten die BürgerInnen zum Beispiel einen vergleichbaren Rechtsschutz wie im Verwaltungsverfahren und vor den Verwaltungsgerichten? Wir BürgerrechtlerInnen sind gefragt, wenn die privatisierte Bahn, gemeinsam mit dem BGS, im Sinne ihres Images und Profits eben nicht nur das Rauchen auf dem Bahnsteig verbietet, sondern auch massenhaft uns BürgerInnen intensiv videoüberwacht und die Schwächsten unter uns, AusländerInnen, Obdachlose, Drogenabhängige und andere Gruppen im quasiöffentlichen Raum in und um die Bahnhöfe belästigt und mit Hausverboten und Platzverweisen zu vertreiben sucht. Gegen die ebenfalls sich massiv ausbreitende private Videoüberwachung öffentlicher Gehwege in unseren Städten unterstützt die HU deshalb zum Beispiel eine in Berlin zur Zeit anhängige zivilrechtliche Klage.

Zum Verbandstag 2002 in Düsseldorf, aber selbstverständlich nicht nur zu solchen Verbandsergebnissen, stehen wir vor einer neuen Gelegenheit, die inhaltlich-politische Zukunft der Arbeit der HUMANISTISCHEN UNION zu diskutieren und ggf. neue Schwerpunkte zu setzen. Lasst uns die Gelegenheit gemeinsam nutzen!

Nils Leopold, Bundesvorstand HU

„Wir brauchen nicht den Anstand der Anständigen, sondern den Anstand der Zuständigen.“

HUMANISTISCHEN UNION

# „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ Eine Antwort auf das Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“ von 60 amerikanischen Intellektuellen\*

**Vorbemerkung.** Mit deutlicher Kritik am US-Krieg gegen den Terror als „Gefahr für die Welt“ und seiner Unterstützung durch amerikanische Intellektuelle, aber auch an der Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ der deutschen und anderer europäischer Regierungen haben sich 90 Persönlichkeiten aus Deutschland in einem Offenen Brief „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ zu Wort gemeldet. Sie reagieren damit auf das im Februar von 60 amerikanischen Intellektuellen herausgegebene Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“, den diese „zum Schutz universeller Werte“ für möglich und verantwortlich halten (im Internet: [www.fr-aktuell.de/fr/160/t160039.htm](http://www.fr-aktuell.de/fr/160/t160039.htm)). Der seit Mitte März zirkulierende Offene Brief entspricht auch dem Wunsch von 150 US-Wissenschaftlern, die Anfang April mit einem Brief „An unsere Freunde in Europa“ das Andere, der Kriegspolitik des US-Präsidenten kritisch gegenüberstehende, Amerika zu Wort kommen lassen und die Freunde in Europa auffordern, sich einzumischen. Sie finden den Text auf der Homepage der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) unter: <http://www.ippnw.de> bzw. [www.fr-aktuell.de/start/doku](http://www.fr-aktuell.de/start/doku)) **Tobias Baur**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Massenmord durch das terroristische Attentat am 11. September in Ihrem Land und der Krieg der USA in Afghanistan als Reaktion auf diesen Terror betrifft auch Europa, die islamische Welt und unser aller Zukunft. Es ist uns besonders wichtig, dass weltweit unter Intellektuellen der Zivilgesellschaften über die Ursachen und Folgen dieser Ereignisse ein offener und kritischer Dialog zu ihrer Bedeutung und Bewertung stattfindet. Verstehen Sie bitte unsere Antwort auf Ihr Manifest „gerechter Krieg gegen den Terror“ als einen Beitrag in diesem Sinne.

Für den entsetzlichen Massenmord am 11. September gibt es keine moralische Rechtfertigung. Darin stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu. Wir teilen auch die von Ihnen zugrunde gelegten moralischen Maßstäbe, dass Menschenwürde, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Religion, unantastbar ist, dass das Streben nach Demokratie ein wichtiges Fundament für den Schutz der Menschenwürde, der individuellen Freiheiten, der Religionsfreiheit und der in der UN-Charta festgelegten Menschenrechte ist.

Doch genau diese moralischen Werte, die für uns universale Gültigkeit haben, veranlassen uns, auch den Krieg, den Ihre Regierung und ihre Verbündeten, uns eingeschlossen, in der *Anti-Terror-Allianz* in Afghanistan führen und dem bisher über 4000 unbeteiligte Menschen, darunter viele Kinder und Frauen, zum Opfer gefallen sind, mit derselben Schärfe abzulehnen, wie wir den Massenmord an den unbeteiligten Menschen durch den Terroranschlag verurteilen. Es gibt keine universal gültigen Werte, die es erlauben, einen Massenmord mit einem weiteren Massenmord zu rechtfertigen. Der Krieg der so genannten *Anti-Terror-Allianz* in Afghanistan ist kein „gerechter Krieg“, – ein unglückseliger historischer Begriff,

den wir nicht akzeptieren – er verletzt selbst die von Ihnen angeführte Bedingung „Unschuldige vor sicherem Leid zu bewahren“ in krasser Form. Demokratische Staaten verfügen über hinreichend entwickelte rechtsstaatliche Mittel, um Verbrechen innerhalb ihres Einflussbereiches zu bekämpfen und um Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Es gilt diese erprobten Mittel in enger Zusammenarbeit mit anderen Staaten global zu erweitern.

Uns ist es unverständlich, dass Sie in Ihrem Aufruf über den Massenmord an der afghanischen Zivilbevölkerung als Folge des mit den modernsten Waffensystemen geführten Bombenkrieges kein einziges Wort verlieren. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gilt nicht nur für Menschen in den Vereinigten Staaten, sondern auch für Menschen in Afghanistan, ja sogar für die Taliban und die *Al Quaida-Gefangenen* auf Guantanamo. Sie beschwören in Ihrem Aufruf die Universalität Ihrer moralischen Maßstäbe, machen diese gleichzeitig aber nur für sich geltend. Durch diesen selektiven Gebrauch stellen Sie gerade deren universale Gültigkeit drastisch in Frage und lassen so über die Ernsthaftigkeit des eigenen Bekenntnisses größte Zweifel aufkommen: Wie sollen die aus anderen Kulturkreisen diesen moralischen Maßstäben gegenüber vorgebrachten Zweifel ausgeräumt werden können, wenn ausgerechnet die Eliten US-amerikanischer Zivilisation, die sich als Verfechter und Hüter dieser Werte begreifen, den Glauben an die Universalität dieser Werte in Verruf bringen? Müssen nicht andere Nationen und Kulturkreise die Anwendung von zweierlei Maßstäben als Ausdruck einer bis zur Gegenwart andauernden Arroganz und Ignoranz des Westens wahrnehmen?

Auch können wir Ihnen angesichts der erdrückenden Last der historischen Tatsachen nicht folgen, wenn Sie schreiben, Ihr Land habe wohl „zu gewissen Zeiten ... eine fehlgeleitete und ungerechte Politik verfolgt“. Die Vereinigten Staaten haben für die Befreiung Europas vom Joch des Nationalsozialismus einen hervorragenden Beitrag geleistet. Als führende Supermacht während der Blockkonfrontation haben sie jedoch auch große Verantwortung für schwer wiegende Fehlentwicklungen in der Welt auf sich geladen. Durch zahlreiche geheimdienstliche bis direkt militärische Interventionen, so zum Beispiel im Iran, Indonesien, Chile, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, im Iran-Irak-Krieg auf der irakischen Seite und an vielen anderen Stellen haben die Vereinigten Staaten Regime unterstützt, die durch Staatsterrorismus und millionenfachen Mord an Oppositionskräften regierten und Demokratisierungsprozesse verhinderten. Nicht selten fielen frei gewählte Regierungen diesen Interventionen zum Opfer.

Viele der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Stellungnahme hatten gehofft, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion würde eine neue Ära der Abrüstung, der Völkerverständigung, des Dialogs der Kulturen und der Hoffnung für Milliarden von durch Hunger und Krankheit

*Fortsetzung auf Seite 29*

Fortsetzung von Seite 28

Not leidenden und gedemütigten Menschen beginnen. Wir erwarteten und setzten uns dafür ein, dass die westlichen Industriestaaten nach vier Jahrzehnten des Hasses, der gegenseitigen Bedrohung und des Wettrüstens ihre schöpferischen Potentiale in den Dienst der Überwindung von Armut, Umweltzerstörung und der Entfaltung von Demokratie stellten. Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht. Die Vereinigten Staaten konzentrierten vielmehr ihre Phantasie, sowie ihre wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Kapazitäten darauf, ihre Position als die einzig verbliebene Supermacht in der Welt zu festigen und eine unipolare Weltordnung zu etablieren. In ihr versuchen sie, weitgehend in eigener Machtvollkommenheit über das Schicksal von Völkern zu entscheiden. Viele Indizien, wie beispielsweise die systematische Errichtung von amerikanischen Militärbasen auf dem Balkan, im Mittleren Osten und in Zentralasien erhärten diese Einschätzung.

In diesem Sinne erscheinen Analysen plausibel, nach denen die Vereinigten Staaten, entgegen offiziellen Verlautbarungen im Mittleren Osten und in Zentralasien einschließlich Afghanistan, nicht in erster Linie humanitäre Ziele verfolgen, den Terrorismus bekämpfen oder der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln vorbeugen wollen, sondern sich vielmehr von geostrategischen Motiven leiten lassen. Durch ihren Zugriff auf die für die Weltwirtschaft existenziellen Ölquellen dieser Region und auf die Öltransportrouten erhöhen die Vereinigten Staaten tatsächlich in beträchtlichem Ausmaß ihre geostrategischen Optionen, um ihre Hegemonialposition nicht nur gegen die angeschlagene Supermacht Russland und die aufsteigende Regionalmacht China, sondern auch gegen Europa und Japan für die nächsten Jahrzehnte zu festigen.

Trotz der Differenzen über derartige Einschätzungen stimmen wir alle darin weitestgehend überein, dass die Konzentration von ungeheuren Machtpotentialen in einem einzigen Land der Welt und die militärische Fähigkeit, anderen den eigenen Willen aufzwingen zu können, eine wichtige Quelle der Instabilität von grenz- und kulturüberschreitenden Beziehungen ist. Sie ist auch eine Quelle des Ohnmachtsgefühls und der Demütigung vor allem für jene Menschen geworden, die sich als Opfer dieser Machtungleichheit empfinden. Die Anwesenheit von amerikanischen Soldaten in Reichweite islamischer Heiligtümer in Saudi-Arabien zum Beispiel, die von vielen Moslems offensichtlich als ein Stachel im eigenen Fleisch und als Angriff auf die eigene Kultur und das Selbstwertgefühl empfunden wird, symbolisiert die als bedrohlich empfundene Machtungleichheit. Die als ungerecht wahrgenommene eigene Unterlegenheit ruft affektive Enthemmungen hervor und mobilisiert ein ungeheures Reaktionspotential bis zur Bereitschaft, auch das eigene Leben durch Selbstmordattentate zu opfern. Derartige Reaktionen als Folge der Instabilität der Machtbalance in der gegenwärtig unipolaren Weltordnung sind nicht kulturspezifisch. Sie könnten in jedem anderen Teil der Welt und zu jedem anderen Zeitpunkt in neuer Form ausgelöst werden. Ein Krieg der Überlegenen gegen die Selbstmordattentate der Unterlegenen ist ein Anachronismus. Er entfesselt Hemmungen und mobilisiert, wie im Israel-Palästina-Konflikt, noch größere Bereitschaft zu terroristischen

Anschlägen und terroristischen Militäreinsätzen. Die gegenwärtige Weise der Globalisierung, die soziale Ungleichheiten verschärft und kulturelle Differenzierungen zerstört, trägt ihren Teil zu den Instabilitäten und Spannungen bei, die sich in gewaltträchtigen Reaktionen entladen.

Mit Sorge beobachten wir, dass führende Persönlichkeiten aus dem Umfeld Ihres Präsidenten immer offensiver den Europäern totalen Gehorsam gegenüber Amerika abverlangen und erpresserisch jegliche Kritik aus Europa mit Äußerungen wie „Europa braucht Amerika, Amerika braucht aber Europa nicht“ im Keim ersticken wollen. Die „uneingeschränkte Solidarität“ unserer und manch anderer europäischer Regierungen zu den Vereinigten Staaten und ihre Bereitschaft, den Antiterror-Krieg kritiklos mitzutragen, wird hier von vielen Menschen als Entmündigung und Schwäche empfunden. Die politische Klasse in Europa hat offensichtlich nicht begriffen, dass sie mit ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der übermächtigen und einzigen Supermacht nicht nur eine perspektivlose Politik macht, sondern auch noch für die Agitation rechtsradikaler Kräfte ein günstiges Klima erzeugt. Zu unserem eigenen Bedauern haben Regierungen der EU-Staaten bisher auch versäumt, eine eigenständige EU-europäische Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik für den Nahen und Mittleren Osten sowie für Zentralasien und für ihre Beziehungen zur islamischen Welt zu entwickeln, die auf Kooperation, auf Unteilbarkeit der Menschenwürde und der Menschenrechte beruht. Ja, es ist sogar zu befürchten, dass sie auf Grund ihrer Konzeptionslosigkeit und trotz ihrer Kritik letztlich auch bereit sein könnten, einen amerikanischen Krieg gegen den Irak moralisch zu legitimieren oder gar aktiv mitzutragen.

Als Besorgnis erregend empfinden viele von uns den wachsenden Einfluss fundamentalistischer Kräfte in den Vereinigten Staaten auf die politische Elite Ihres Landes, der unverkennbar auch vor dem Weißen Haus nicht Halt macht. Die Aufteilung der Welt in *Gut und Böse*, die Stigmatisierung ganzer Staaten samt ihrer Bevölkerungen ist dazu geeignet, rassistischen, nationalistischen und religiösen Fanatismus zu schüren, die Menschen ihrer Fähigkeit zu differenzierter Wahrnehmung der lebendigen Wirklichkeit und der Einsicht zu berauben, dass Andersartigkeit und kulturelle Vielfalt kein Unglück, sondern ein Segen für alle darstellen und dass das Wohlergehen auch der Mächtigsten dieser Erde auf Dauer davon abhängt, dass die Welt als ein Ganzes gesehen wird, dessen Reichtum und Schönheit in den Unterschieden besteht. Fundamentalismus beginnt damit, die eigene Kultur als die einzig wahre, einzig gute und schöne zu erklären. Fundamentalistische Reaktionen auf reale Konflikte unserer Welt verschließen unsere Augen vor zivilen und gewaltfreien Lösungen dieser Konflikte und setzen die Eskalation zwischen Terrorismus und Krieg erst recht in Gang.

Mit Bestürzung haben wir von unseren amerikanischen Freunden und Kolleginnen auch vernommen, dass Gelehrte und Journalisten unter Druck gesetzt und als Verräter denunziert werden, wenn sie den Kriegskurs ihrer Regierung kritisch betrachten oder ablehnen. Sorgen Sie dafür, dass der Meinungspluralismus und die liberale Tradition in Ihrem Land nicht unter dem Vorwand der Terrorismus-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

bekämpfung beeinträchtigt werden. Helfen Sie mit, dem Vormarsch des fundamentalistischen Geistes in den Vereinigten Staaten Einhalt zu gebieten. Die amerikanischen Werte, auf die Sie sich mit Stolz beziehen, stehen auf dem Prüfstand.

Zur Bekämpfung der terroristischen Selbstmordattentate gibt es sicherlich verschiedene Wege. Unsere Meinungen gehen darüber auseinander. Wir alle sind jedoch zutiefst davon überzeugt, dass die Achtung der Menschenwürde eine Grundvoraussetzung für alle Lösungswege darstellt. Nur wenn weltweit und bei den ökonomisch und militärisch schwächeren Nationen und Kulturkreisen die Auffassung einkehrt, dass der Westen als der ökonomisch und militärisch mächtigste Kulturkreis es mit der Universalität der Menschenwürde ernst meint, dass diese nicht eine bloße Floskel ist, von der je nach Bedarf Gebrauch gemacht wird, nur dann erhöht sich die Chance, dass terroristische Selbstmordattentate nicht die beabsichtigte Resonanz erfahren, sondern in allen Ländern auf vehemente Ablehnung stossen. Erst wenn die Schwächeren dieser Welt sich in der Auffassung sicher wissen, dass kein auch noch so mächtiger Staat ihre Würde verletzen, sie demütigen und ihre Lebensbedingungen willkürlich beeinträchtigen wird, erst dann schöpfen diese Menschen Kraft und Bereitschaft, ihre Augen und Herzen für die moralischen Werte anderer Kulturen zu öffnen. Erst dann sind auch die Voraussetzungen dafür gegeben, dass ein echter Dialog zwischen den Kulturen in Gang kommt.

Wir brauchen moralisch begründete, weltweit akzeptable und allseits geachtete gemeinsame Spielregeln im Zusammenleben der Menschen, welche die Kooperation anstelle von Konfrontation in den Vordergrund rücken und den durch die beschleunigte Veränderung der Lebenswelt und die ständig wachsenden Gewaltpotentiale erzeugten Bedrohungsängsten sowie den daraus resultierenden Sicherheitsbedürfnissen der Menschen den Boden entziehen. Damit eröffnen sich Möglichkeiten, die vornehmlich auf wirtschaftliche Belange orientierte Globalisierung gerechter zu gestalten, die weltweite Armut wirksam anzugehen, gemeinsam die globalen Umweltrisiken zu entschärfen, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu meistern und eine Weltkultur zu schaffen, die nicht in einer, sondern in sehr vielen Sprachen reden kann.

Wir rufen Sie auf, über diese und andere Perspektiven für unser aller Zukunft mit uns und mit den Intellektuellen aus anderen Teilen der Welt in einen offenen Dialog einzutreten.

Presserechtlich verantwortlich: **Hans Peter Dürr, Mohssen Massarrat, Heiko Kauffmann, Frank Uhe**, c/o IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin

*\*Die englische Originalfassung wurde im Februar 2002 mit der Überschrift „What We're Fighting For“ als eine Stellungnahme des Institute for American values veröffentlicht. In den deutschen Medien wurde diese Stellungnahme unter der hier angegebenen Überschrift veröffentlicht.*

## UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes:

Prof. Dr. Hans Ackermann, Marburg; Dr. Stephan Albrecht, Hamburg; Dr. Franz Alt, Baden-Baden; Prof. Dr. Elmar Altvater, Berlin; Carl Amery, München; Prof. Dr. Klaus J. Bade, Osnabrück; Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr, Bochum, Tobias Baur, Berlin; Franz J. Bautz, München; Prof. Dr. Jörg Becker, Solingen; Dr. Peter Becker, Marburg; Dr. Wolfgang Bender, Kronberg; Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Bremen; Michael Bouteiller, Lübeck; Prof. Dr. Elmar Brähler, Leipzig; Dr. Dieter Bricke, Bergen; Dr. Nikolaus und Nediaalka Bubner, Berlin; Annelie Buntentbach, Berlin; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Dusslingen; Gerhard Diefenbach, Aachen; Hermann H. Dieter, Trebbin-Blankensee; Prof. Dr. Klaus Dörner, Hamburg; Tankred Dorst, München; Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, München; Dr. Matthias Engelke, Trier; Prof. Dr. Andreas Flitner, Tübingen; Helmut Frenz, Hamburg; Prof. Dr. Georges Fülgraff, Berlin; Prof. Dr. Bernhard Glaeser, Berlin; Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt; Dr. Franz-Theo Gottwald, München; Jürgen Grässlin, Freiburg; Bernd Hanfeld, Hamburg; Dr. Dirk-Michael Harmsen, Karlsruhe; Prof. Dr. Bodo Hambrecht, Berlin; Prof. Dr. Heinz und Brigitte Häberle, Herrsching; Irmgard Heilberger, Neuburg; Christoph Hein, Berlin; Prof. Dr. Peter Henricke, Wuppertal; Detlef Hensch, Berlin; Prof. Dr. Wolfgang Hesse, Marburg; Prof. Dr. Helmut Holzapfel, Kassel; Ina Hönninger, Weßling; Prof. Willi Hoss und Heidemarie Hoss-Rohweder, Stuttgart; Prof. Dr. Ferdinand Hucho, Berlin; Prof. Dr. Jörg Huffschild, Bremen; Otto Jäckel, Wiesbaden; Prof. Dr. Siegfried und Dr. Margarete Jäger, Duisburg; Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen; Heiko Kauffmann, Meerbusch; Prof. Dr. Wolfgang Klein, Berlin; Dr. Till Müller-Heidelberg, Bingen; Irmgard Koll, Müllheim; Hans Krieger, München; Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff, Berlin; Helmar Krupp, Weingarten; Reinhard Mokros, Mönchengladbach; Nils Leopold, Berlin; Herbert Leuninger, Hofheim; Frauke Liesenborghs, München; Volker Lindemann, Schleswig; Prof. Dr. Dieter S. Lutz, Hamburg; Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Berlin; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrück; Prof. Dr. Ingeborg Maus, Frankfurt; Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Essen; Prof. Dr. Klaus Meschkat, Hannover; PD Dr. Klaus Metz, Berlin; Prof. Dr. Dietmar Mieth, Tübingen; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Gunda Rachert, Osnabrück; Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter; Dr. Fredrik Roggan, Bremen; Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Berlin; Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel; Peter Rühmkorf, Hamburg; Prof. Dr. Fritz Sack, Hamburg; Dr. Gerd Dieter Schmid, Fischbachau; Horst Schmitthenner, Frankfurt; Prof. Dr. Jürgen Schneider, Göttingen; PD Dr. Schiltenswolf, Heidelberg; Friedrich Schorlemmer, Wittenberg; Prof. Dr. Herbert Schui, Buchholz; Prof. Dr. Randeria Shalini, Berlin; Tilman Spengler, Ambach; Prof. Dr. Dorothee Sölle, Hamburg; Eckart Stevens-Bartol, München; Prof. Dr. Harmen Storck, Hannover; Frank Uhe, Berlin; Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, Witzenhausen; Peter Vonnahme, Kaufering; Dr. Reinhard Voß, Bad Vilbel; Peter Wahl, Bonn; Günter Wallraff, Köln; Dr. Rainer Werning, Frechen; Christa Wichterich, Bonn; Walter Wilken, Hannover; Frieder-Otto Wolf, Berlin; Dr. Herbert Wulf, Pinneberg

HUMANISTISCHE  
emanzipatorisch - radikaldemokratisch - unabhängig  
UNION

Zwei Anmerkungen zu den MITTEILUNGEN Nr. 177

Buchbesprechungen – Max Kruse

Die „knappe Bilanz der Kulturgeschichte“ Max Kruses geht von der heute mit guten Gründen bestrittenen wissenschaftlichen Meinung früherer Jahrhunderte aus, daß der „Mensch des Menschen Wolf“ sei. Diese Auffassung vom „Wilden“ paßte nur zu gut zu den Zielen der weißen Kolonisatoren.

Paläontologie, Archäologie und Ethnologie haben inzwischen ganz andere Erkenntnisse gewonnen (gut dargestellt in Jost Herbigs „Am Anfang war das Wort“). In den zunächst äußerst dünn bewohnten Gebieten waren die Menschen auf andere Menschen zum Überleben angewiesen. Das erste Werkzeug, meint Herbig, war wahrscheinlich nicht ein Steinmesser, sondern ein Tragebeutel zum Transport gesammelter Nahrung, um sie mit den anderen im Lager zu teilen. Erfolgreiche Jagd verlangte Zusammenarbeit und Verständigung. Gastfreundschaft gilt und galt allen Naturvölkern als hoher Wert. Und so weiter. Auch was wir über heutige „Steinzeitmenschen“ wissen, widerspricht der These vom „Zerstörungstrieb“, der der Moral vorausseile.

Nein, ich fürchte, unsere heutigen Probleme können wir nicht dem Steinzeitmenschen in uns anlasten. Wir sehen uns nicht mehr wie er als Teil der Natur; wir wollen nicht mehr teilen, sondern mehr haben als die anderen; als Gast empfangen wir nur, wen wir brauchen; unser Gott ist nicht ein Baumgeist, sondern das Geld. Und so weiter.

**Zu Frau Prof. Dr. Gisela Charlotte Fischers Vorschlägen**  
Einen gestaffelten Berufsausstieg haben wir schon. Auch im öffentlichen Dienst kann über die 65-Jahre-Grenze hinaus gearbeitet werden. Ob das allerdings angesichts so vieler arbeitsloser junger Leute wünschenswert ist? Die Koppelung der Rente an eine verpflichtende ehrenamtliche Tätigkeit finde ich sehr problematisch:

1. erwirbt man ja durch seine jahrelangen Einzahlungen ein Anrecht auf eine Rente;
2. wer soll die individuellen Kapazitäten beurteilen? Der letzte Arbeitgeber? Wieviele Menschen sind nicht froh, endlich ihre ungeliebte Tätigkeit aufgeben zu können; sollen sie trotzdem weiter verpflichtet werden? Oder wenigstens Laub harken?
3. wer in höherem Alter richtig arbeitet, muß auch richtig dafür bezahlt werden; viele Menschen müssen nämlich heute schon ihre Rente durch Arbeit aufbessern, um über die Runden zu kommen;
4. die finanziellen Engpässe in den Kommunen sind politisch gemacht (durch Umverteilung der Steuern von Kommunen zu Ländern zum Bund). Diese Entwicklung muß zurückgedreht und nicht durch den Einsatz von Rentnern noch unterstützt werden;
5. wenn Rentner unentgeltlich außerhalb des Stellenplans arbeiten statt notwendige Ausweitungen der Stellenpläne politisch zu unterstützen, werden die jungen Arbeitslosen ihnen das, mit Recht, kaum danken.
6. Umfragen zeigen eine hohe Bereitschaft der Bevölkerung, Beitragserhöhungen in Kauf zu nehmen, wenn sich dadurch die gesundheitliche Versorgung verbessert. Die

„öffentliche Diskussion“ soll wahrscheinlich die Privatisierung des Gesundheitswesens vorbereiten, die unsere Regierung als nächsten Schritt nach der Riester-Rente durchsetzen will. Die richtige Antwort darauf scheint mir nicht, ältere Leute ehrenamtlich auf mögliche Arbeitsplätze jüngerer zu setzen, sondern politisch gegen diese Pläne zu kämpfen. Selbstverständlich stimme ich der Autorin zu, daß es für die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen wichtig ist, etwas Sinnvolles zu tun zu haben. Ich halte es für eine gute Idee, durch steuerliche und vor allem sonstige Vergünstigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu werben. Aber es darf sich nur um echte ehrenamtliche Tätigkeiten handeln und nicht um verkappte Arbeitsplätze, also zum Beispiel Mitarbeit in der Friedens- oder Ökologiebewegung, nachbarschaftliche Hilfe, grüne Damen, Schulaufgabenhilfe, interkulturelle Gesprächskreise, Tauschringe oder Beratung von ExistenzgründerInnen. Und es muß ohne finanzielle Einbußen möglich bleiben, endlich noch mal seinen gesamten Shakespeare zu lesen, finnisch zu lernen, sein eigenes Gemüse zu züchten oder eine Weltreise zu machen.

Antonie Brinkmann

Anzeige:

# Ossietsyky

Zweiwochenschrift  
für Politik / Kultur / Wirtschaft

---

*In OSSIETZKY geschrieben bisher u.a.:*

*Herbert Altenburg, Angelika Beier, Matthias Biskupek, Wolfgang Bittner, Emil Carlebach, Daniela Dahn, Anne Dessau, Rolf Gössner, Wolfgang Haible, Ingeborg Hecht, Bernd C. Hesslein, Hans Jacobus, Walter Kaufmann, Dietrich Kittner, Arno Klönne, Heinz Knobloch, Monika Köhler, Otto Köhler, Reinhard Kühnl, Lothar Kusche, Katja Leyrer, Norman Paech, Kurt Pätzold, Werner Röhr, Rainer Rupp, Werner R. Schwab, Günther Schwarberg, Hans See, Eckart Spoo, Eva Maria Stange, Eike Stedefeldt, Peter Turrini, Jean Villain, Manfred Weißbecker, Daniela Ziegler, Gerhard Zwerenz.*

---

VERLAG OSSIETZKY

### Ein Jahr Sterbehilfe in den Niederlanden.

Presseerklärung vom 09.04.2002

*HUMANISTISCHE UNION fordert Straffreiheit der aktiven Sterbehilfe auch in Deutschland.*

Durch Beschluss des niederländischen Senats vom 10. April 2001 ist dort die jahrelange stillschweigende Duldungspraxis der aktiven Sterbehilfe legalisiert worden. Ein Jahr danach gilt es, auch in Deutschland die Diskussion wieder aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass auch vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg die Britin Diane Pretty um ihr Recht auf einen selbstbestimmten Tod kämpft. (*Inzwischen verstorben. Anm. d. Red.*)

Die älteste deutsche Bürgerrechtsorganisation, die HU, stützt sich bei ihrer Forderung nach Straffreiheit für aktive Sterbehilfe auf eine Stellungnahme des Rechtsphilosophen und ehemaligen hamburgischen Justizsenators Prof. Dr. Ulrich Klug, die dieser bereits 1985 bei einer Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Bundestages abgegeben hatte. An der Spitze unserer Verfassung steht die Würde der freien, sich

selbst bestimmenden Person als höchster Rechtswert gemäß Artikel 1 Grundgesetz. Zu dieser Selbstbestimmtheit des Menschen gehört von Verfassungen wegen auch das Recht auf einen selbstbestimmten Tod, auf ein Sterben in Würde. Deshalb ist der Selbstmord straffrei und ebenso die Beihilfe dazu. Kann aber jemand, der z.B. gelähmt ist, keinen Selbstmord begehen, dann muss der Arzt oder enge Angehörige ihm beim Sterben helfen dürfen. Damit wird der Wille des Sterbewilligen respektiert - und dies hat nichts mit der nationalsozialistischen Euthanasie zu tun, die gegen den Willen des Betroffenen erfolgte.

Während nach § 216 Strafgesetzbuch die Tötung auf Verlangen gegenwärtig strafbar ist, soll dieser Paragraph durch einen dritten Absatz ergänzt werden: „Der Täter handelt dann nicht rechtswidrig, wenn er die Tat begangen hat, um einen menschenwürdigen Tod herbeizuführen.“

Für Rückfragen: Tobias Baur, HU-Geschäftsführung

### Abhörbefugnisse in Polizeigesetzen verstoßen gegen das Grundgesetz.

Presseerklärung vom 26.04.2002

Polizei in Thüringen soll eigene Abhörbefugnisse erhalten.

In einer Stellungnahme an die Thüringer Innen- und Justizminister sowie an die zuständigen parlamentarischen Gremien hat sich die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION (HU) zur beabsichtigten Änderung des Polizeiaufgabengesetzes in Thüringen geäußert. In der detaillierten Stellungnahme wird geltend gemacht, dass das Land keine Befugnisse zum Eingriff in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes habe.

Der Gesetzesentwurf sei verfassungswidrig, weil der Bund nach Artikel 73 Nr. 7 des Grundgesetzes die alleinige Gesetzgebungsbefugnis über die Telekommunikation habe. Außerdem hätte der Bund für den Bereich „Bestand oder Sicherheit des Bundes oder eines Landes“ (Verfassungsschutz, Artikel 73 Nr. 10 b des Grundgesetzes) durch Bundesgesetze bereits abschließende Regelungen getroffen.

Problematisch sei der Gesetzesentwurf auch deshalb, weil durch ihn die klare Trennung zwischen geheimdienstlicher Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und der Telekommunikationsüberwachung zur Strafverfolgung verwischt würde.

Inhaltlich eröffnet der Gesetzesentwurf eine völlig neue Dimension der Telekommunikationsüberwachung. Erstmals soll in einem Landespolizeigesetz die Telekommunikationsüberwachung auch für präventivpolizeiliche Zwecke gestattet werden. Diese Form der Telekommunikationsüberwachung richtet sich nicht gegen Verdächtige einer Straftat, sondern bereits gegen Personen, die bestimmte Straftaten begehen könnten sowie gegen deren Kontakt- und Begleitpersonen.

Der Gesetzesentwurf sei auch in zahlreichen Einzelfragen nicht entscheidungsreif. Er sollte daher zurückgestellt werden, bis das Ergebnis eines vom Bundesjustizministerium erteilten Forschungsauftrags zur „Rechtswirklichkeit und Effizienz der Telekommunikationsüberwachung“ vorliegt. Der Thüringer Gesetzesentwurf hat offenbar eine Pilotfunktion. Auch vom Baden-Württembergischen Innenminister Thomas Schäuble wurde bereits eine entsprechende Gesetzesinitiative angekündigt.

Die Stellungnahme der HUMANISTISCHEN UNION kann bei der Bundesgeschäftsstelle der HU angefordert werden.

Für Rückfragen: HU-Bundesgeschäftsstelle Tobias Baur

„Wir brauchen heute,  
12 Jahre nach dem  
9. November 1989,  
die Freiheit nicht mehr vor  
dem Staat zu schützen.“

Der Thüringer Innenminister Christian Köckert (CDU) bei der Einbringung des Gesetzes zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts im Thüringer Landtag am 24. Januar 2002, durch das unter anderem die präventive Telekommunikationsüberwachung eingeführt werden soll.



### „Wider die Einschränkung der Demonstrationenfreiheit“

Presseerklärung des HU-Landesverbandes Berlin  
vom 24.04.2002

Bürgerrechtsorganisation protestiert gegen Auflagen für  
linke 1. Mai-Demonstration - Kundgebung angekündigt.

Mit einer Kundgebung am 1. Mai möchte die Bürgerrechtsorganisation HUMANISTISCHE UNION (HU) gegen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit in Berlin protestieren.

Hintergrund ist die Drohung der Versammlungsbehörde, eine 1. Mai-Demonstration zu verbieten, sofern die Veranstalter an einer Route durch den Bezirk Mitte festhalten. Die von einem linken Bündnis für 18 Uhr angekündigte Demonstration sollte vom Rosa-Luxemburg-Platz starten. Obwohl die Anmelderin dieser Demonstration nach Auskunft ihres Rechtsanwaltes bereit war, auf eine Streckenführung durch die Friedrichstraße zu verzichten, ließ sich die Versammlungsbehörde nicht auf eine Demonstration im Regierungsbezirk ein.

Die HUMANISTISCHE UNION hält den Poker um die Demonstrationsroute für eine grobe Missachtung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Der Berliner Landesvorsitzende der Bürgerrechtsorganisation, Roland Otte, erklärt dazu:

„Der Grundsatz, dass die Versammlungsfreiheit auch die Entscheidung über den Ort der Demonstration umfasst,

darf nicht endlos verwässert werden. Die Regierungsinstitutionen, gegen deren Politik sich die Demonstrierenden wenden, haben ihren Sitz nun einmal in Berlins Mitte. Der offenkundige Versuch, einen ganzen Bezirk für linke Demonstranten zu sperren, ist eines Grundrechtes nicht würdig, welches das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit als ‚eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt‘ bezeichnet.“ (vgl. „Brokdorf-Entscheidung“, BVerfGE 69, 315).

Die HUMANISTISCHE UNION fordert den rot-roten Senat auf, das unwürdige Spiel mit dem Demonstrationsrecht zu beenden. Dazu Otte: „Innensenator Körting sollte zu seinem Wort stehen, die Verbotspolitik seines Amtsvorgängers Werthebach nicht fortzuführen. Eine Verbotspolitik durch die Hintertür kleinlicher Auflagen wäre rechtlich fragwürdig und politisch unklug. Jetzt gilt es, klare Signale zu setzen, um eine Eskalation wie im letzten Jahr zu vermeiden.“

Der Berliner Landesverband der HUMANISTISCHEN UNION hat jetzt eine Kundgebung mit dem Titel „Wider die Einschränkung der Demonstrationenfreiheit“ angemeldet, die am 1. Mai nachmittags auf dem Rosa-Luxemburg-Platz stattfinden soll.

Für Rückfragen: Roland Otte, Telefon 030-6 92 32 26

### Gegen symbolische Gesetzgebung ohne Inhalt.

Presseerklärung vom 08.05.2002

HU fordert Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene.

Zum Schluss der Legislaturperiode versuchen die rot-grünen Koalitionspartner sich endlich an einer Einigung über ein Bundes-Informationsfreiheitsgesetz. Dieses Vorhaben war bereits im Wahlkampf und in der Koalitionsvereinbarung von 1998 versprochen worden. Ein vorliegender Gesetzesentwurf war offenbar seit längerer Zeit zurückgehalten worden.

Die HUMANISTISCHE UNION (HU) ist empört über das lange Zögern und die skandalöse Blockadepolitik derjenigen Ministerialverwaltungen, die eine Ausnahme ihrer Arbeitsbereiche vom Grundsatz demokratischer Öffentlichkeit anstreben. Eine faktisch geheime Vorbereitung von Verwaltungshandeln entspricht obrigkeitlichem Denken. Die Verfolgung partikularer Interessenpolitik jenseits einer kritischen Öffentlichkeit sind Gift für die Demokratie!

Das Funktionieren einer lebendigen Demokratie hängt von der bestmöglichen Information ihrer Bürgerinnen und Bürger ab. Die HU fordert seit langem, die Transparenz der öffentlichen Verwaltung durch wirksame Aktenzugangsrechte der Bürger zu fördern.

Dazu erklärt Nils Leopold vom Bundesvorstand der HUMANISTISCHEN UNION: „Vollständige und klare Informationen sind für die effektive Wahrnehmung der Bürgerrechte zwingend erforderlich und sorgen für ein informationelles Gleichgewicht zwischen Bürger und Staatsverwaltung. Darüber hinaus kann die Transparenz öffentlicher Entscheidungsprozesse beitragen, Fehlleistungen von Behörden – wie zum Beispiel Korruption – zu verhindern.“ Bereits in vier Bundes-

ländern können Bürgerinnen und Bürger Einsicht in Behördenvorgänge auf Landesebene nehmen.

In diesem Zusammenhang warnt die HU auch vor einer in dieser Legislaturperiode wiederholt praktizierten „symbolischen“ Gesetzgebung nach dem Prinzip des „als-ob“. Wichtige Gesetzesvorhaben wie die Informationsfreiheitsgesetzgebung, bei der Deutschland im internationalen Vergleich rückständig ist, bedürfen jedoch einer gehaltvollen Umsetzung. Der richtige politische Impuls darf nicht in inhaltsleeren und kompromisslerischen Gesetzesvorhaben versanden. Nur bei einem substantiellen Zugewinn für die Bürgerrechte kann ein demokratischer Fortschritt erzielt werden.

Die HU appelliert daher an beide Koalitionsparteien, die Blockadepolitik durch einzelne Ministerialbereiche, wie zum Beispiel dem Verteidigungsministerium, abzulehnen. Gerade solche sensiblen Bereiche der Verwaltung – das haben die letzten Monate gezeigt – bedürfen einer kritischen Öffentlichkeit, um Entscheidungen am Gesetzgeber vorbei zu verhindern.

Für Rückfragen: HU-Bundesgeschäftsstelle Tobias Baur

Anzeige:

Frauen riskieren  
oft Kopf und Kragen  
für ihre Rechte.  
**Riskieren Sie**  
einen Blick in  
unsere Zeitschrift.



Menschenrechte  
für die Frau  
Die Zeitschrift  
von TERRE DES  
FEMMES

### Aktion „Ferien vom Krieg“ im Sommer 2002

*Pressemitteilung des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. vom April 2002*

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie plant im neunten Jahr Erholungsaufenthalte für traumatisierte Flüchtlings- und Waisenkinder sowie Begegnungen von Kindern der verfeindeten Konfliktparteien aus verschiedenen Kriegsgebieten.

Während letzten Sommer in Mazedonien ganze Dörfer von der Armee beziehungsweise UCK in Trümmer geschossen und die Bewohner vertrieben wurden, kamen 200 Kinder beider Kriegsparteien in vier Gruppen beim Schwimmen, Tanzen, Basteln und Spielen am Ohrid-See friedlich zusammen. Im Kosovo waren dagegen gemeinsame Ferien von serbischen und albanischen Kindern noch nicht möglich, sie werden aber für den kommenden Sommer vorbereitet. In anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, in denen der Krieg schon länger zurückliegt, ist immer noch einmalig, daß bei den Freizeiten die ehemaligen Feinde zwei Wochen gemeinsam das Zimmer teilen, sich aussprechen können und zusammen Spaß haben. Die circa 13.500 Menschen, die bisher „Ferien vom Krieg“ machen konnten, wirken zu Hause, in der Schule und in der Nachbarschaft als Multiplikatoren, wenn sie erzählen, wie interessant und schön es sein kann, mit den „anderen“ etwas gemeinsam zu unternehmen und dabei „nebenbei“ Vorurteile abzubauen. Darüber wird in einer Broschüre mit vielen Fotos von den KoordinatorInnen, den BetreuerInnen und den Kindern anschaulich berichtet.

Ein vierseitiger Spendenaufruf, der in diesen Tagen an alle SpenderInnen der letzten Jahre und Mitglieder des Komitees verschickt wird, stellt die Ziele und Planungen für den Sommer 2002 detailliert dar, damit die UnterstützerInnen des Projektes sich ein Bild darüber machen können, wie ihr Geld verwendet wird. Die Veranstalter, die alle ehrenamtlich mitarbeiten, planen mit ihren langjährigen Part-

nerorganisationen aus dem ehemaligen Jugoslawien wieder 14 Freizeiten an der Adria in Kroatien und Montenegro beziehungsweise Ohrid-See, bei denen aufkeimende Partnerschaften zwischen den ehemaligen Feinden weiter entwickelt werden.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie schreibt in dem Spendenaufruf, das Projekt „Ferien vom Krieg“ sei als friedensstiftende „Graswurzelpolitik“ zu verstehen. Eine Folge aller Kriege seien die Verwüstungen in der Psyche und in den Lebensbedingungen der Kinder. Dafür sei der Balkan nur ein Beispiel. Die Verantwortlichen des Komitees wünschen sich, daß statt der Finanzierung von Kriegen solche Begegnungen auch für die Kinder anderer Konfliktregionen organisiert werden sollten. In diesem Sommer wollen die Initiatoren erstmalig versuchen, daß sich Jugendliche aus Israel und Palästina zu gemeinsamen Ferien treffen, obwohl die Bedingungen dafür sich täglich verschlechtern. Darüber hinaus planen die Veranstalter Erholungsfreizeiten für Kinder aus Palästina in einer friedlichen Umgebung.

Das Projekt wird ausschließlich durch private Spenden in Form von „Ferienpatenschaften“ finanziert. Es besteht die Möglichkeit, Kontakt zu einem „Ferienpatenkind“ aufzunehmen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie (Köln) bittet um Unterstützung für dieses Aussöhnungs- und Friedensprojekt durch Spenden, Sammlungen, Benefizveranstaltungen und vieles mehr. Eine Patenschaft beträgt 130 Euro (Verrechnungsscheck bitte an: Herrn Günter Pabst, Höhenstr. 14, 65824 Schwalbach). Auskunft erhält man bei: Helga Dieter, Telefon: 069-7892525, Fax: 069-78803666 und Pfarrer Hubertus Janssen, Telefon: 06431-72583, Fax: 06431-74584. Auf Wunsch senden wir zu: Fotos, den vierseitigen Spendenaufruf, die Broschüre „Ferien vom Krieg im Sommer 2001“, eine Kurzfassung dieses Textes in Anzeigenform.

### Volksentscheide: Bündnis vermisst ein klares Wort des Kanzlers

*Presseerklärung vom Bundesverband Mehr Demokratie e.V. vom 14. Mai 2002*

Wenige Wochen vor der entscheidenden Abstimmung des Bundestags über die Einführung der direkten Demokratie in das Grundgesetz am 6. Juni fordert das 80 Verbände umfassende Bündnis „Menschen für Volksabstimmung“ von SPD und Grünen mehr Engagement und das Ausloten von Kompromissmöglichkeiten. Dazu erklärte Claudine Nierth, Vorstandssprecherin der Bürgeraktion *Mehr Demokratie*: „SPD und Grüne haben im März den Gesetzentwurf zur Volksabstimmung eingebracht. Doch seitdem wurde es still in der Koalition. Wir vermissen das Werben um die Stimmen der Opposition, die für die Einführung der direkten Demokratie benötigt werden.“

Warum erklärt Herr Schröder den Volksentscheid nicht zur Chefsache? Diese Reform wäre ein Meilenstein für unsere Republik und die richtige Antwort auf die Vertrauenskrise

der Demokratie. Wo bleiben die klaren Worte des Bundeskanzlers und seiner zuständigen Kabinettskollegen Schily und Däubler-Gmelin? Fast alle rot-grünen Spitzenpolitiker schweigen. So kann man CDU und FDP nicht aus der Reserve locken.

Offenbar sitzen im Bundestag nur wenige Abgeordnete, die sich zum Anwalt jener 80 Prozent der Deutschen machen, die den Volksentscheid fordern.

Zum Einstieg in die direkte Demokratie auf Bundesebene muss nach Kompromissen gesucht werden. Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit ausdrücklich ein Referendum über die EU-Verfassung gefordert. Dafür muss das Grundgesetz geändert werden. Das ist doch ein guter Anknüpfungspunkt, hier müsste die Union Farbe bekennen.

Wer den Volksentscheid will, muss mit Leidenschaft, Augenmaß und auf allen Ebenen dafür kämpfen. Es reicht nicht, ein laues Süppchen zu kochen.“

### Ingeborg-Drewitz-Literaturpreis verliehen.

Seit 1989 wird alle drei Jahre der *Ingeborg-Drewitz-Literaturpreis* für Gefangene an Autorinnen und Autoren verliehen, die herausragende Texte in der Haft oder in Erinnerung daran geschrieben haben. Die Jury prämiert herausragende Einzel- oder Gruppenarbeiten von Strafgefangenen, seien dies Erzählungen, Gedichte, Essays, Theaterstücke oder auch journalistische Arbeiten. Der ideelle Preis besteht in der Veröffentlichung der Texte in einer Anthologie, die vom agenda-Verlag Münster herausgegeben wird. Ende April wurden 2 Autorinnen und 10 Autoren ausgezeichnet.

Nicht nur die verstorbene Dichterin Ingeborg Drewitz, unvergessen auch für ihre Straffälligenarbeit, bildet ein Bindeglied zur HU – auch der Berliner Landesverband hat einen Preis seit längerer Zeit nach eben dieser Namenspatronin benannt. Und Birgitta Wolf, die Schirmherrin der Preisverleihung von Ende April, ist seit 1971 Trägerin des von der HU im Gedenken an deren Mitbegründer Fritz Bauer, dem Strafvollzugsreformer und Generalstaatsanwalt, benannten Preises für ihre jahrzehntelang betriebene Gefangenennothilfe. Sowohl in der „Gefangenennothilfe Birgitta Wolf e.V.“ engagiert, als auch selbst Ingeborg-Drewitz-Preisträgerin der HU-Berlin nahm an der Literaturpreisverleihung auch Helga Engel teil, die seit einigen Jahren unermüdlich den ständig anschwellenden bundes-

weiten Gefangenenbriefkontakt der HU-Berlin verwaltet (vgl. Bericht in den Mitteilungen 177, S. 7). Nicht bei der Preisverleihung anwesend war dagegen das HU-Mitglied Kenny Berger, dessen Werk zum wiederholten Mal ausgezeichnet wurde und der seit über 24 Jahren (!) ohne kurzfristige Aussicht auf Entlassung einsitzt. Wie anderen PreisträgerInnen wurde es ihm leider nicht ermöglicht, persönlich an der Preisverleihung im Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn teilzunehmen.

Entgegen dem derzeit leider in der veröffentlichten Meinung arg vernachlässigten Verfassungsgrundsatz der Resozialisierung Strafgefangener leistet die HU so wenigstens einen bescheidenen Beitrag: Seit kurzem gehört zum Trägerkreis des Ingeborg-Drewitz-Literaturpreises auch der HU-Landesverband NRW (weitere Mitglieder sind die *Gefangeneninitiative Dortmund e.V.*, das Strafvollzugsarchiv der Universität Bremen, die *Bundeskongress katholischer Gefängnisseelsorger* Tönisvorst, sowie „Chance e.V.“ aus Münster).

Kontaktadressen:

Dokumentationsstelle Gefangenenerliteratur der Universität Münster, Prof. Dr. Helmut H. Koch, Leonardo-Campus 11, 48149 Münster oder Gefangeneninitiative Dortmund e.V., Regina Merkel, Hermannstr. 78, 44263 Dortmund.

Tobias Baur

### Kunstprojekt „Durchbruch“ im Knast

Kunst und Knast schließen sich nicht aus: Immer wieder setzen sich aktive Leute in der HU im Sinne dieser inzwischen erprobten Rehabilitationschance für Strafgefangene ein. Unter Beteiligung der Künstlerin Eva Wal findet derzeit eine im Wortsinne exklusive Ausstellung in Köln-Ossendorf statt – leider unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Somit bleibt nur die schriftliche Dokumentation des modellhaften Projekts, das seit März zusammen mit Frauen der Justizvollzugsanstalt (JVA) Ossendorf erfolgreich installiert wurde. Für das HU-Mitglied Eva Wal bedeutet dies eine weitere Arbeitsstation im Sinne ihrer bewussten Schwerpunktsetzung zum Thema Frauen in der Gesellschaft.

Eine Stele, Stein auf Stein gemauert, fast drei Meter hoch, als gäbe es nicht schon genug Mauern im Knast. Doch an zwei der Wände aus Ytong-Steinen hängen Keramikschalen mit ausdrucksvollen Motiven, an den beiden anderen Wänden sind Saiteninstrumente aus Holz mit individuell gestalteten Rosetten angebracht. Durch ein Fenster in jeder Seitenwand fällt Licht, die Mauern sind durchbrochen.

„Durchbruch“, so heißt dieses Kooperationsprojekt der JVA Köln-Ossendorf mit dem Frauen Museum in Bonn. Anlass war die Ausstellung zum neuen Opferschutzgesetz „Eva hat das Leiden satt“, initiiert vom Arbeitskreis „Frauen gegen Gewalt“ der Opferschutzstelle der Bonner Polizei. Die Künstlerinnen Eva Wal und Sabine Heinen, beide bis dato in der Museumspädagogik des Frauen Museums tätig, begaben sich hinter die Kulissen des Justizvollzugs. In

jeweils einer Projektwoche arbeiteten sie mit inhaftierten Frauen in der JVA. In der ersten Woche entstanden die Keramikschalen mit Sabine Heinen, die zudem gelernte Kunsttherapeutin ist, in der zweiten Woche wurden die Musikinstrumente mit Eva Wal gebaut, die hierbei auf eine Geigenbauerausbildung zurückgreifen kann. Dann bauten die beiden Gruppen gemeinsam die Stele zusammen, montierten die Schalen und Instrumente, sägten die Durchbrüche. Betreut wurde das Projekt von Klaus Heilmann, Kunsttherapeut an der JVA im Frauenbereich.

Die fertige Stele wurde am 23. Mai 2002 in der Kirche der JVA präsentiert. Zu der nicht öffentlichen Vernissage kamen die inhaftierten Frauen und geladene Gäste von außen sowie Mitarbeiterinnen des Frauen Museums. Danach soll die Stele einen Platz finden, an dem sie der Öffentlichkeit zugänglich ist. Möglicherweise ist dieser Platz das neue Gerichtsgebäude in Bonn.

„Durchbruch“ ist ein Kommunikationsprojekt. Die Durchbrüche symbolisieren das gewünschte Durchbrechen einer Zwangssituation, dazu gehört auch das Durchbrechen der Mauern zwischen „Knackis“ und Gesellschaft.

An der Stele sind zusätzlich Briefkästen angebracht, durch die mit Briefen kommuniziert werden kann. Von drinnen nach draußen und von draußen nach drinnen. Die gefangenen Frauen haben den Anfang gemacht, sie haben Briefe nach draußen in die Briefkästen geworfen. Die Texte liegen bei der Präsentation aus.

Fortsetzung auf Seite 36

## HU-Tagungsberichte und -hinweise

### Fortsetzung von Seite 35

Zusätzlich soll eine Dokumentation über das Projekt erscheinen. Die Texte der inhaftierten Frauen, persönliche Erfahrungen der Künstlerinnen und Fallbeispiele sollen in Zusammenhang gesetzt werden mit einer Ausführung über

die kunsttherapeutische Arbeit an der JVA. Abgerundet wird die Dokumentation mit Fotos der Werkstücke und „Handportraits“ der Fotografin Cynthia Rühmekorf.

Nach einer Information des Frauen Museum Bonn.

## Bilanz, Ausblick, Gegenwehr – Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“

### Friedenspolitischer Kongress in Hannover vom 30. August bis 1. September 2002

Nach den furchtbaren Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington, die bis heute nicht aufgeklärt sind, hat US-Präsident George W. Bush einen jahrelangen „Krieg gegen den Terror“, einen „beispiellosen Feldzug“ und eine neue Zweiteilung der Welt ausgerufen, indem er alle Nationen vor die Wahl stellte: „Entweder sie sind auf unserer Seite oder auf Seite des Terrorismus“.

Dieser Feldzug begann mit dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und soll erklärtermaßen mit Kriegen gegen andere Staaten ausgeweitet werden. Angesichts des gigantischen Militäraufmarsches der USA und ihrer Verbündeten (einschließlich deutscher Truppen) und der forcierten Hochrüstung der USA wachsen Befürchtungen, dass dem „Jahrhundert der Kriege und Massaker“, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm das zurückliegende 20. Jahrhundert genannt hat, ein „Jahrhundert des permanenten Kriegszustandes“ folgen könnte, so Dr. Peter Strutynski, der Sprecher des deutschen Friedensratschlages.

Zum Anti-Kriegstag am 1. September sollen deshalb auf einem Kongress in Hannover eine Zwischenbilanz dieses „Krieges gegen den Terror“ gezogen und friedenspolitisch gebotene Alternativen diskutiert werden:

Was wissen wir wirklich über die Terroristen und ihre Motive? Wie groß ist die Gefahr, die von Terroristen ausgeht? Wie reiht sich der „Krieg gegen den Terror“ ein in die US-Strategie zur Absicherung ihrer weltweiten Hegemonie und insbesondere in ihre Strategie zur Beherrschung der Öl-Regionen am Persischen Golf, Kaspischen Meer und der Südchinesischen See? In welchem Zusammenhang steht dieser Krieg mit der Politik der „Globalisierung“ des Kapitalismus, über die Henry Kissinger sagt: „Globalisierung ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft.“ Und warum machen die EU-Staaten und die rot-grüne Bundesregierung bei diesem Krieg in „uneingeschränkter Solidarität“ (Gerhard Schröder) mit? Weil auch europäische Macht- und Kapitalinteressen durchgesetzt und weltweit militärisch abgesichert werden sollen? Und warum unterstützen so viele Menschen diesen Krieg?

Vor allem soll beraten werden: Was können wir tun, wie kann jeder einzelne von uns aktiv werden gegen Krieg und gegen die milliarden-teure militärische Aufrüstung? Wie können wir erfolgreich eintreten für eine friedliche und gerechte Welt, für die Überwindung von Hunger, Armut und Knechtschaft? In Schulen, Betrieben, Parteien, Gewerkschaften und anderswo? Mit welchen Gegnern müssen wir rechnen, auf welche Verbündete können wir hoffen? Wie schüren wir die Lust auf Frieden und Gerechtigkeit?

### Vorläufiges Programm (Stand 8. Mai 2002)

#### Freitag: 18.30 - 22.00 Uhr

Grußworte: Fred Schultz, DGB-Vorsitzender Hannover  
Einführungsreferat: Ein Jahr Krieg gegen den Terror ein Überblick über Ursachen, Ergebnisse und Folgen mit Johan Galtung (angefragt)

Statement I: Der afghanische Bumerang – Osama bin Laden, El Kaida und die amerikanische Politik mit Martin Baraki  
Statement II: Allianz gegen den Krieg am Beispiel Englands und der USA mit Lindsey German .

#### Sonnabend: 9.30 - 22.00 Uhr

Vortrag I: Globalisierung und Krieg mit Maria Mies  
Vortrag II: Globalisierung und Terrorismus mit Peter Lock  
Vortrag III: Die USA als hegemoniale Weltmacht und Europa mit Frank Deppe

Vortrag IV: Wallstreet und Weltgeld Dollar – eine Gefahr für den Frieden? mit Werner Biermann und Arno Klönne  
Vortrag V: Von Kambodscha über Kosovo bis Kabul:

Der Umbau der Bundeswehr als Interventionsarmee mit Tobias Pflüger

Vortrag VI: Der Krieg in Afghanistan und die Situation der Frauen mit Mariam Notten

#### Ab 14.00 Uhr

Arbeitsgruppen mit Einführungsreferaten:

AG 1: Weltmacht USA und Konkurrent EU mit Brigitte Young, Lindsey German und Werner Ruf

AG 2: Der weltweite Krieg und das Öl – mit Mossen Masserat (angefragt)

AG 3: Imperialismus oder Empire - alte und neue Analysen des Kapitalismus mit Georg Fülberth und Thomas Atzert u.a. (angefragt)

AG 4: Feindbild Islam mit Sabine Kebir und Sabah Alnasseri und Gazi Caglar (angefragt)

AG 5: Deutschland im Krieg mit Marcus Hawel, Tobias Pflüger und Anne Rieger

AG 6: Die Beschneidung der Demokratie: Innenpolitische Reaktionen auf die Terroranschläge in den USA und Europa mit Beate Malkus, Heiner Busch (angefragt), Dr. Fredrik Roggan

AG 7: Krieg für Frauen(rechte) Mariam Notten und Daniela Marx (angefragt)

AG 8: Kann das Völkerrecht eine Barriere gegen Kriege bilden? mit Bernhardt Graefrath

AG 9: Krieg und Flüchtlinge

AG 10: Der „Krieg gegen den Terror“ und die Berichterstattung der Medien

Fortsetzung auf Seite 37

## HU-Tagungsberichte und -hinweise

Fortsetzung von Seite 36

Ab 20.00 Uhr

Anschließend: ab 20.00 Uhr findet ein Kulturprogramm „Lust auf Frieden“ statt

Sonntag: 9.30 - 13.00 Uhr

Vortrag I: Wie die Medien uns in den Krieg ziehen mit Eckart Spoo

Vortrag II: Die Aufgaben der Friedensbewegung mit Peter Strutynski

Podiumsdiskussion: Was tun für Frieden und Gerechtigkeit mit VertreterInnen der Gewerkschaften (Reinhard Schwitzer, IG Metall Hannover; Sibylle Stamm/Verdi-BaWü/angefragt), der Kirche (offen), der Friedensbewegung (Peter Strutynski) und Attac (Kurt Haymann).

Gegen 13.00 Uhr,

Kongressende

Ein kulturelles Begleitprogramm wird noch vorbereitet. Im Anschluss an den Kongress findet die traditionelle Kranzniederlegung der Gewerkschaften an der Aegidienkirche statt.

Veranstaltungsort:

Kulturzentrum Pavillon am Raschplatz,  
Lister Meile 4, 30161 Hannover.

Kongressbeitrag: 12 Euro und 8 Euro ermäßigt  
Kontakt via Telefon: 05 11 - 34 45 58

Mitte Mai wird unter der Adresse:

<http://www.friedenskongress-hannover.de>  
eine Internet-Seite mit weiteren Informationen zum Kongress freigeschaltet.

### Friedenspolitischer Kongress vom 30.8. bis 1.9.2002 in Hannover

Bilanz, Ausblick, Gegenwehr:



**Vorträge, Arbeitsgruppen,  
Podiumsdiskussionen,  
SchülerInnen-workshop,  
Kultur- und Filmprogramm**

**mit Maria Mies, Matin Baraki,  
Lindsey German, Bernhardt  
Graefrath, Brigitte Young, Eckart  
Spoo, Peter Strutynski, Frank  
Deppe, Mariam Notten, Werner  
Ruf, Sabine Kebir, Sabah  
Alnasseri, Anne Rieger, Kurt  
Haymann u.a.**

Kongressbeitrag: 12 Euro und 8 Euro ermäßigt  
Veranstaltungsort: Kulturzentrum Pavillon  
Lister Meile 4, 30161 Hannover

**[www.friedenskongress-hannover.de](http://www.friedenskongress-hannover.de)**

### 200 Jahre Säkularisation Staat, Kirche, Recht und Weltanschauungsverbände heute und der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 (RDH)

Eine wissenschaftliche Fachtagung der Akademie der Politischen Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Akademie und der HUMANISTISCHEN UNION

Termine: 30. November und 1. Dezember 2002, Eintritt frei  
Tagungsleitung: Dr. Johannes Kandel

*Samstag den, 30. November 2002*

Tagungsort: fes, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

10.00 Uhr Begrüßung und kurze Einführungsreden

10.30 Uhr Ursachen, Durchführung und Folgen des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803

Prof. Dr. Johannes Neumann  
(Staatskirchenrechtler, Oberkirch)

12.30 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Kirchenfinanzierung heute und Reichsdeputationshauptschluss von 1803

Dr. Carsten Frerk (Politologe, Hamburg)

15.30 Uhr Kaffeepause

16.00 Uhr Diskussion in Arbeitskreisen

- Finanzierung der Weltanschauungsverbände in Deutschland

Manfred Isemeyer (Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer HVD Berlin)

- Finanzierung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Europa

Annefrance Ketelaer (angefragt, Juristin, Brüssel)

- Säkularisierungsdebatten und Weltanschauungsverbände

Dr. Wolfgang Proske (Historiker, Neu-Ulm)

- Das Thema der Tagung im Lebenskundeunterricht

Prof. Dr. Peter Schulz-Hageleit (Geschichtsdidaktiker, Präsident HAB, Berlin)

18.00 Uhr Abendpause

19.15 Uhr Arbeitskreisberichte und Anfragen

20.30 Uhr Informelle Kommunikation in einer Gaststätte

*Sonntag den, 1. Dezember 2002*

Tagungsort: HOTEL4YOUTH,  
Schönhauser Allee 103, 10439 Berlin\*

09.30 Uhr Juristisches zur Ablösung der Staatsleistungen gemäß Art. 140 GG (Art. 138 WRV)

Wolfgang Lüder (Jurist, Bürgermeister a.D., Berlin)

11.30 Uhr Abschlussdiskussion

12.30 Uhr Ende der Tagung

**Anmeldungen ab jetzt möglich:**

**Humanistische Akademie, Wallstr. 65, 10179 Berlin,**

**Tel.: 030-61 39 04-0, Fax: 030-61 39 04-50,**

**e-Mail: sekretariat.bvd-berlin@humanismus.de**

\* Zimmerbestellungen möglich via Tel.: 030-4 46 77 83,

Internet: [www.hotel4youth.de](http://www.hotel4youth.de), e-Mail: [info@hotel4youth.de](mailto:info@hotel4youth.de)

### Anmeldung

Ich nehme an dieser Tagung teil.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Verfassungsschutz und Neonazis: Wer unterwandert wen?

Unter diesem Titel fand Ende April bereits zum achtzehnten Mal die monatliche *Republikanische Vesper* im Berliner *Haus der Demokratie und Menschenrechte* statt. Verantwortlich für die Podiumsdiskussion zeichnen neben der HU Berlin die *Internationale Liga für Menschenrechte*, der *Republikanische AnwälInnenverein (RAV)*, die *Stiftung Haus der Demokratie* und die Zeitschrift *Ossietzky*.

Zur Einführung stellte Nina Helm (HU) die *Republikanische Vesper* vor, die sich an die Tradition der Republikanischen Bankette in Frankreich anlehnt. Zum Verfassungsschutz (VS) bemerkte sie, daß bis 1990 Listen über Mitglieder der HU geführt wurden, noch kürzlich erschienen die Jungdemokraten im VS-Bericht, weil sie sich an Protesten gegen die Vereidigung von Rekruten beteiligt hatten. Das aktuelle Verfahren zum NPD-Verbot zeigt eine selbst für die Behörden undurchschaubare Verquickung von Verfassungsschützern, V-Männern und Neonazis. Beispielsweise sollen Spitzenmänner der NPD vom VS Steuergelder in Höhe von bis zu 100.000.- DM erhalten haben, die vermutlich für die Zwecke der Partei verwendet worden waren. Die Frage drängt sich auf: Nützt der Einsatz von V-Leuten dem anvisierten Kampf gegen „Rechtsradikale“ oder fördert umgekehrt der VS solche Bestrebungen und schädigt damit die Verfassung?

Hannes Honecker (RAV) erläuterte in seinem Referat die rechtliche Einordnung der Begriffe. Bei V-Leuten handele es sich zumeist um Angehörige einer kriminellen Branche, wie Drogenhandel, Menschenhandel oder anderen Zweigen der organisierten Kriminalität, wie im Bereich der Neonaziszene. V-Leute sind im Gegensatz zu verdeckten Ermittlern keine Polizeibeamte; letztere treten unter einem zivilen Deckmantel mit einer szenetypischen Legende auf.

Der V-Mann - wörtlich „Verbindungsmann“ - hat eine von der Polizeiführung unabhängige Position, obwohl er ihr zuarbeitet. Anders als der verdeckte Ermittler lasse er sich nicht durch Weisungen steuern. Im Vorfeld eines Verdachtes übt er Tätigkeiten aus, die die Polizei selbst nicht ausüben darf, letztere braucht immer einen Anlaß, um tätig zu werden, z.B. die Vorbereitung einer Straftat. Der V-Mann übt demzufolge eine unzulässige Tätigkeit aus, aber mit Billigung der Behörden. Ohne eine gesetzliche Eingriffsbefugnis wird ihm gestattet, in den Nahbereich anderer Personen einzudringen; er schleicht sich in private Beziehungen ein, horcht sie aus, besucht die Inhaftierten usw. Letztlich mißbraucht er das Vertrauen dieser Personen im Auftrag des Staates.

Noch anstößiger als die Informationsweitergabe sei aber die Tat-Provokation. Dies veranschaulichte der Referent anhand eines Beispiels aus der Praxis des BGH: Ein nicht Vorbestrafter war von einem V-Mann angesprochen worden, ob er an Heroin interessiert sei. Der V-Mann hatte sich verpflichtet, gegen Drogenhändler zu ermitteln, weil er sich davon rechtliche Vorteile in einem gegen ihn selbst gerichteten Verfahren erhoffte. Zunächst lehnte der Angeklagte das Ansinnen ab, versprach aber, sich umzuhören. Damit wurde ein bisher nicht bescholtener Bürger angestiftet, eine Straftat zu be-

gehen. Die Anleitung hierzu wurde von Polizeibeamten angeschoben, beobachtet und mit abgewickelt und ein V-Mann hat zum Verbrechen mit angestiftet. Das ist kein Einzelfall, sondern es ergibt sich ein sozusagen autopoietisches System: Der Beauftragte des Staates erschafft selbst die Straftaten, zu deren Bekämpfung er eingesetzt ist!

Für das NPD-Verbotsverfahren bedeute diese Praxis, so Honecker, daß wir gegenwärtig nicht wissen, welche Äußerungen von NPD-Angehörigen den verschiedenen VS-Behörden zuzurechnen sind - und welche der NPD selbst. Solange das Bundesverfassungsgericht dies nicht weiß, kann nicht entschieden werden, ob die NPD selbst eine verfassungswidrige Organisation ist, oder inwieweit der VS selbst involviert ist.

Michael Opperskalski (Zeitschrift *GEHEIM*) legte in seinem Referat dar, daß die Verwicklungen der V-Männer in Aktivitäten, die sie angeblich bekämpfen sollen, und damit die Doppelrolle des Verfassungsschutzes, sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der BRD ziehe. Diejenigen, die als V-Leute eingesetzt worden sind, gehörten in der Regel zu den radikalisiertesten Teilen der NPD und der Neonazis. Es seien oft solche Kräfte, die die NPD noch weiter ins extreme Lager (Rassismus, Antisemitismus) treiben wollten. Ein anderer Teil der V-Leute war an organisatorischen Schaltstellen positioniert und am Aufbau der NPD selbst beteiligt. Sie setzten dabei sogar die Gelder zum Aufbau der NPD ein, die sie vom VS als Entlohnung bekommen hatten. Dabei entstanden neue Strukturen des Rechtsradikalismus in Gebieten, in denen er vorher nicht vorhanden war. Beim derzeitigen Skandal geht in der medialen Berichterstattung unter, daß es hier nicht um ein einmaliges Versehen geht, sondern um eine strukturelle Problematik der VS-Ämter, was der Referierende auch auf Kontinuitäten in der Arbeit des Verfassungsschutzes seit der Gründungszeit der Bundesrepublik zurückführt. Demzufolge stelle der Verfassungsschutz ein relativ untaugliches Instrument dar, das möglicherweise auch den „Aufstand der Anständigen“ konterkarriere. Gefordert wurde die Auflösung dieser Organisation - und vor allem die Veröffentlichung der Akten und die Löschung der Datensätze.

Dieter Wiefelspütz MdB, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, der wegen einer Bundestagsabstimmung am Anfang der Veranstaltung verhindert war, bezog sich in seinem Kurzvortrag auf den aktuellen Stand des NPD-Parteiverbotsverfahrens. Er bekannte sich im Ergebnis als entschiedener Verfechter von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, beides sei genauso notwendig, wie die Bundeswehr oder eine Regierung. Ganz fatal sei es, wenn man den Verfassungsschutz in eine Schmutzlecke manövriere. Sicherlich solle diese Behörde als Instrument der Demokratie so transparent wie möglich sein. Ein grundsätzliches Problem von Geheimdiensten sei deren Geheimhaltungsphilosophie bis hin zur völligen Abschottung. Geheimdienste bedürfen

*Fortsetzung auf Seite 40*

Fortsetzung von Seite 39

selbstverständlich der Kontrolle und Diskussion. Daher müsse von außen darum geworben werden, dass sie sich öffnen, überhaupt sollte mit diesen Einrichtungen offensiver umgegangen werden. Aber letztlich machen die Mitarbeiter eine Arbeit, die von der Volksvertretung in Parlament und Regierung für notwendig gehalten wird. Dabei seien auch Verstrickungen oder Fehlleistungen – wenn es denn solche gebe – in Kauf zu nehmen. Die Forderung, den Verfassungs-

schutz abzuschaffen, bezeichnete Wiefelspütz jedenfalls als „blauäugig“: Die Demokratie kann gefährdet sein, schon deshalb seien Informanten in der Szene unerlässlich.

Im Anschluß an diese Beiträge entfaltete sich sowohl auf dem Podium als auch mit den Zuhörenden eine lebendige Diskussion, die aus Platzgründen leider nicht wiedergegeben werden kann.

Tobias Baur nach Aufzeichnungen von Jens Leiner

### Terror und Selbstverteidigung – Ergebnisse einer Podiumsveranstaltung

Anfang Mai fand eine gemeinsame Veranstaltung des unabhängigen Instituts für Recht und Politik (IfRP) und des Berliner Landesverbands der HUMANISTISCHEN UNION in den Räumen der Humboldt Universität statt. Bei einer Podiumsdiskussion haben sich Prof. Dr. Georg Nolte von der Universität Göttingen, Prof. Dr. Norman Paech von der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und Joscha Schmierer vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes mit den Folgen der Anschläge vom 11.09.01 und des anschließenden Krieges in Afghanistan für die internationale Politik und das Völkerrecht auseinandergesetzt.

Paech sah den Krieg in Afghanistan nicht als vom Selbstverteidigungsrecht der USA gedeckt, während Nolte nur die Art der Kriegsführung für kritikwürdig hielt und überdies fragte, ob die Militäraktionen nach dem Fall der Taliban nicht auf eine neue völkerrechtliche Grundlage zu stellen wären.

Gegen die Aufforderung Schmierers, „nicht immer nur repetitiv mit dem Völkerrecht herumzuwedeln“ sondern „sich dem Problem selbst zu stellen“, verwahrten sich jedoch beide. Zwar sei das Völkerrecht nicht die Lösung für das Problem des Terrorismus, die Frage sei aber, ob „die Lösung innerhalb des Rahmens des Völkerrechts oder außerhalb gefunden wird“ (Nolte). Die USA zeigten eine beunruhigende Tendenz, internationale Institutionen und das internationale Recht außer Acht zu lassen. Nur ein größeres Machtgleichgewicht auf internationaler Ebene könne dies ändern. Der internationale Terrorismus habe vielleicht eine neue Quantität, aber keine neue Qualität gewonnen. Aus diesem Anlass müsse das Völkerrecht nicht neu geschrieben werden: „Das Völkerrecht ist sehr konservativ, und das ist auch gut so.“ (Paech)

Aus einer Pressemitteilung des IfRP

### Zur Kriegsgerichtsbarkeit

In jedem Land der Welt werden die Soldaten als Helden verehrt, wenn sie in einem von ihrem Land geführten Krieg zu Tode kommen. Sie sind dann nicht, wie gewöhnliche Sterbliche gestorben, sondern für ihr Vaterland gefallen. Ihnen werden Denkmäler errichtet, die man früher „Kriegsdenkmäler“ nannte und die heute in zivileren Zeiten „Gefallenendenkmäler“ heißen. Mir fällt auf, daß die Ehrung der Gefallenen mit dem Aufkommen der Wehrpflichtarmeen deutlich stärker geworden ist, zynisch formuliert: Werbecharakter für die Zukunft hat.

Bis zu ihrem Tode sind die Helden freilich nur gewöhnliche Menschen und, wenn sie einer Straftat verdächtig sind, eben auch nur gewöhnliche Angeklagte. In der Regel reicht zur Bestrafung das zivile Strafgesetzbuch aus. Der Küchenbulle, der sich an den ihnen anvertrauten Lebensmitteln vergreift, wird wegen Unterschlagung und der Unteroffizier, der eine Küchengehilfin vergewaltigt, wird wegen Vergewaltigung verurteilt. Gewöhnlicher Alltag für den Strafrichter.

Es gibt aber im Wehrstrafrecht auch Tatbestände, die nur für Soldaten gelten: Die Fahnenflucht, das Unerlaubte Entfernen von der Truppe und die Befehlsverweigerung. Diese Straftatbestände sind in einer Wehrpflichtarmee unumgänglich, da es gilt, die Wehrpflichtigen zu zwingen, sich der Todesgefahr in einem Krieg auszusetzen, der nicht ihr Krieg sondern der eines Staates ist, in dem sie – zufällig oder nicht – geboren sind. Einige Kilometer weiter westlich oder östlich entschei-

den darüber, für welchen Staat ein junger Mann sein Leben zu riskieren hat.

In Deutschland wird heute die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert. Erfolgt sie, so haben wir nur noch Berufssoldaten. Brauchen wir dann noch eine eigene Kriegsgerichtsbarkeit? Ich meine nachdrücklich: Nein! Berufssoldaten sind für mich mit einigen Modalitäten den Beamten vergleichbar. Auch für die Beamten haben wir nicht ein besonderes Strafgesetzbuch. Natürlich kommen auch bei den Beamten Disziplinlosigkeiten vor, die der Fahnenflucht, dem Unerlaubten Entfernen von der Truppe oder der Befehlsverweigerung vergleichbar sind und natürlich sind auch gegen Beamte notfalls Sanktionen erforderlich, von dem Verweis über die Geldstrafe bis hin zur Entlassung aus dem Dienst. Diese Sanktionen werden von hierfür eigens geschaffenen Disziplinargerichten verhängt.

Bei einer Berufsarmee, also nach der diskutierten Abschaffung der Wehrpflicht, genügen auch für Disziplinlosigkeiten von Soldaten Disziplinargerichte und ein Disziplinarrecht, das dem Beamtenrecht angeglichen ist, aber kein eigenes Wehrstrafrecht mit seinen oft harten Strafen, früher bis hin zur Todesstrafe.

Wer die Abschaffung der Wehrpflicht fordert, sollte gleichzeitig die Abschaffung des Wehrstrafrechts als eines nicht mehr notwendigen Sonderrechts fordern. Das darin liegende Vertrauen haben die Berufssoldaten verdient.

Ulrich Vultejus



### Terror, Zensur, Schulversagen und die alltägliche Diskriminierung von Ausländern

Aufmerksame Zeitungsleser werden sich noch an die meisten Meldungen im vergangenen Jahr erinnern: Ausreiseverbot für Globalisierungs-Gegner, zunehmende Video-Überwachung in öffentlichen Gebäuden, Menschenrechtsverletzungen in der Altenpflege, ein tödlicher Brechmitteleinsatz in Hamburg, die für Deutschland desaströsen Ergebnisse der PISA-Studie, die Kopftuch-Debatte, das Unterrichtsfach LER in Brandenburg, die zunehmenden Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, der regelmäßige polizeiliche Ausnahmezustand bei Castor-Transporten nach Gorleben, die auch unter Rot-Grün zunehmende Armut und die, besonders für Untersuchungs-Häftlinge, skandalösen Haftbedingungen. Der Schwerpunkt des diesjährigen Grundrechte-Reports sind allerdings Otto Schilys eilig nach dem „11. September“ geschnürte Terrorpakete, im Amtsdeutsch „Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus“, mit seinen vielfältigen besonders Nicht-Deutsche betreffenden Repressionen, biometrischen Erfassungsfantasien und erheblich ausgeweiteten Befugnissen von Polizei und Geheimdiensten. Diese Gesetze werden von mehreren Autoren genauer kritisiert. Denn zur Terrorismusbekämpfung, so deren einhellige Meinung, taugen diese Gesetze nicht.

Vieles davon wurde in den vergangenen Monaten von neuen Meldungen verdrängt. Daher ist der sechste „Grundrechte-Report“ ein unverzichtbares und erschreckendes Kompendium für jeden politisch Interessierten, der sich schnell und umfassend über den Stand der Bürgerrechte in Deutschland informieren will. Viele Verletzungen der Menschenrechte sind keine einmaligen Ausreisser, sondern sie haben System. Demonstrationsverbote, zunehmende Jugendstrafen, Überwachungen von Personen, Telefonen und Wohnungen, die Residenzpflicht für Asylbewerber und der Ausbau Europas zu einer Flüchtlinge abweisenden Festung des Wohlstandes zeigen langfristige Entwicklungen hin zu einer immer repressiver werdenden Gesellschaft auf, die jeden Bürger als potenziellen Verbrecher behandelt. Viele der neuen Befugnisse von Schilys Terrorismusbekämpfungsgesetz sind alte Wünsche von Polizei und Geheimdiensten, die bisher zu Recht immer wieder abgelehnt wurden. Sie führen zu einer

Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Staat und Bürger zugunsten des Staates und geben ihm die Befugnisse zu einer umfassenden, weitgehend unsichtbaren Überwachung der Bevölkerung. Nur die technischen und finanziellen Möglichkeiten fehlen – noch.

Geschrieben wurden die 38 kurzen Artikel des „Grundrechte-Reports 2002“ wieder von ausgewiesenen Fachleuten, die sich teilweise schon seit Jahrzehnten für den Ausbau der Menschen- und Bürgerrechte engagieren. Unter anderem Tobias Baur, Annelie Buntenbach, Wolfgang Däubler, Ulrich Finckh, Hansjürgen Garstka, Peter Grottian, Burkhard Hirsch, Wolfgang Kalek, Martin Kutscha, Nils Leopold, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Till Müller-Heidelberg, Andy Müller-Maguhn, Wolf-Dieter Narr, Norman Paech, Fredrik Roggan, Jürgen Seifert, Eckart Spoo, Thilo Weichert und Rosemarie Will.

Im Anschluß an die fast vierzig Artikel findet sich, wie in den früheren „Grundrechte-Reporten“ eine Chronologie bedeutender Ereignisse, die die Menschen- und Bürgerrechte berühren, Kurzporträts der Herausgeber und eine umfangreiche Adressenliste von deutschen Bürger- und Menschenrechtsorganisationen.

Mit drei neuen Mitherausgebern wird die Bedeutung des alternativen „Verfassungs-Schutz-Berichtes“ noch größer werden und – hoffentlich – von mehr Menschen gekauft und gelesen. Neben der HUMANISTISCHEN UNION, der *Gustav Heinemann-Initiative*, dem *Komitee für Grundrechte und Demokratie* und dem *Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen* wird der „Grundrechte-Report“ ab diesem Jahr auch von *Pro Asyl*, dem *Republikanischen AnwaltInnenverein* und der *Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen* herausgegeben.

Axel Bußmer

PS: Mitglieder der HUMANISTISCHEN UNION müssen für den „Grundrechte-Report“ nichts bezahlen.

T. Müller-Heidelberg/U. Finckh/E. Steven/J. Neubert/J. Micksch/W. Kaleck/ M. Kutscha (Hrsg.): *Grundrechte-Report 2002 - Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland*, rororo aktuell, Juni 2002, Euro 9,90

### Neuerscheinung: EZW schreibt über kirchenkritische Organisationen

Die *Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* in Berlin hat eine Broschüre veröffentlicht, die sich auf 64 Seiten ausgewählten kirchenkritischen Institutionen widmet:

- *Deutsche Freidenker-Verband e.V.*
- *Humanistische Verband Deutschlands*
- *Dachverband der freien Weltanschauungsgemeinschaften*
- *Internationaler Bund der Konfessionslosen u. Atheisten e.V.*
- *Jugendweibe Deutschland e.V.*

Ebenfalls aufgeführt wird die HUMANISTISCHE UNION! Hierzu räumt der Autor zwar ein, dass unsere HU „streng genom-

men nicht in den hier vorgestellten Kontext ...“ gehört (S. 45) begründet aber seine dennoch vorgenommene Rubrizierung mit der Namensähnlichkeit zum 1993 gegründeten *Humanistischen Verband* und inhaltlichen sowie personellen Berührungspunkten zu den anderen aufgeführten Gruppen. So gesehen, fehlten allerdings auch die Großkirchen in der Aufzählung des Bändchens, zu denen es seitens der HU sicherlich weit mehr Berührungspunkte gäbe – sei dies durch zahlreiche Doppelmitgliedschaften auch von Theologen oder aus der Arbeit zum

*Fortssetzung auf Seite 42*

## Buchbesprechungen

Fortsetzung von Seite 41

Thema „Trennung von Staat und Kirche“, an der sich auch manch kluge Kirchenleute beteiligen ...

An Stelle einer Beurteilung der getroffenen Unterscheidungskriterien und möglicher Unschärfen der Broschüre – kein Wunder bei der bestehenden Vielfalt an freigeistig, freidenkerisch und atheistischen Strömungen – dokumentieren wir hier eine knappe Rezension aus konfessionsloser Sicht des *Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (Rudolf Ladwig):

Der Autor beklagt im Vorwort, dass die Fragestellung ein Forschungsdesiderat sei. Fürwahr! Ob es ihm allerdings gelungen ist, dieses zu schließen, darf bezweifelt werden. Dazu sind die Beiträge zu unterschiedlich systematisiert. Und selbst dort, wo identische Kapitelüberschriften („Geschichte und Organisation“, „Programmatische und Arbeitsschwerpunkte“) vorhanden sind, versammelt er darunter qualitativ unterschiedliche Informationen. Dies gilt auch dann, wenn man möglicherweise der einen oder anderen Wertung zustimmen mag, obgleich der Autor jedoch eine sehr freie Subjektivität walten lässt.

Der Verfasser hat recht vorgefasste Meinungen über einzelne Verbände, die dann – sich in der intellektuellen Falle des „confirmation bias“ befindend – fast ausschließlich auf ihre Bestätigung hin überprüft wurden. Offensichtlich ist damit auch eine Strategie verbunden, zwischen den Verbänden be-

stehende Differenzen noch kirchlicherseits kräftig anzuheizen. Dies zeigt sich, wenn mit Aussagen über Alterstrukturen der Mitgliedschaft der Verbände sehr einseitig operiert wird; oder in der bezeichnenden Prognose, dass sich ein Verband vermutlich demnächst spalten und ein Teil davon zu einem anderen Verband übertreten werde. Und auch das besondere Lob für einen Verband erklärt er mit Positionen desselben, welche der Kirche interessegeleitet sympathisch sind – was innerhalb der Szene ja fast rufschädigend ist!

Im Vergleich mit früheren Darstellungen mag das Heft sachlicher sein. Zur Versachlichung des manchmal komplexen Verhältnisses zwischen konfessionsfreien Verbänden versucht es sichtlich nicht beizutragen. Aber dazu wird kirchliche „Feindbeobachtung“ ja auch weder betrieben noch publiziert.

*Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* (EZW-Text Nr. 162), Dr. Andreas Fincke: *Freidenker - Freireligiöse - Kirchenkritische Organisationen in Deutschland seit 1989*, ISSN 0085-0357 (66 Seiten)

Das Heft kann angefordert werden bei:

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen  
Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel. 030-28395-211,  
Fax: 030-28395-212, Internet: <http://www.ezw-berlin.de>,  
E-Mail: [info@ezw-berlin.de](mailto:info@ezw-berlin.de)

## Neue Schriftenreihe zu Gustav Mensching.

*Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir freuen uns, Ihnen die in den letzten Tagen erschienenen Publikationen zum Thema „Toleranz und Dialog als Herausforderung an die Gegenwart“ vorstellen zu dürfen. Nicht zuletzt haben auch Sie zum Gelingen dieses Projektes durch die Überlassung von Archivmaterialien und anderen Unterlagen und die bereitwillige Erteilung von Auskünften beigetragen. Dafür möchten wir Ihnen noch einmal herzlich danken. Für eine Weiterleitung an alle Interessenten in Ihrem Bereich wären wir Ihnen dankbar.*

*Mit herzlichen Grüßen verbleiben wir,  
Ihre Ina Braun und Hamid Reza Yousef*

Im Vorjahr wurde an der Universität Trier eine Schriftenreihe „Bausteine zur Mensching-Forschung“ ins Leben gerufen, welche die Forderung nach Toleranz und Dialog der Kulturen zum Gegenstand hat. Ende Mai erschienen zwei Bände dieser Reihe. Ihnen liegt die bahnbrechende Toleranzkonzeption des Bonner Religionswissenschaftlers und früheren HU-Beiratsmitgliedes Prof. Dr. Gustav Mensching (1901-1978) als eine mögliche Weltfriedenslösung zugrunde. Eine Auseinandersetzung mit solchen Ideen ist seit den unglücklichen Ereignissen des 11. Septembers unverzichtbar geworden.

Band I, zu dem der Trierer Wissenschaftstheoretiker Klaus Fischer ein Vorwort beigesteuert hat, wird von einem biographischen Abriss über Gustav Mensching eingeleitet. Ansatzweise wird auch der Einfluß der zeitgenössischen Philosophie auf das wissenschaftliche Denken des späteren

Gelehrten herausgearbeitet. Es folgt eine kurze Darstellung des Religionsverständnisses Menschings im Verhältnis zur Religionswissenschaft in Deutschland.

Der eigentliche Schwerpunkt ist die Darstellung der Toleranzidee Menschings. Sie kann zusammengefaßt beschrieben werden als das Anliegen, alle Religionen als gleichberechtigte Möglichkeit der Begegnung mit dem Heiligen anzusehen. Es wird das Verhältnis der Religionen und Kulturen im Hinblick auf Toleranz und Intoleranz untersucht und auf die interreligiöse Dialogfähigkeit der Kulturen hin geprüft.

Band II enthält 19 kleinere, schwer erhältliche Originalschriften Menschings zur Toleranz- und Wahrheitskonzeption, welche die Toleranzidee vertiefen und eine Ergänzung des Inhaltes des ersten Bandes darstellen. Der Jenaer Religionswissenschaftler und Philosoph Udo Tworuschka hat diesem Band ein Vorwort beigesteuert, das ergänzend den Standort Menschings in der religionswissenschaftlichen Welt erläutert.

**Tobias Baur**

Band I: Hamid Reza Yousefi und Ina Braun:

*Gustav Mensching - Leben und Werk. Ein Forschungsbericht zur Toleranzkonzeption*, mit einem Vorwort von Klaus Fischer, Würzburg 2002 (Verlag Königshausen und Neumann)

Band II: Hamid Reza Yousefi (Hrsg.): *Gustav Mensching - Aufsätze und Vorträge zur Toleranz- und Wahrheitskonzeption*, mit einem Vorwort von Udo Tworuschka, Würzburg 2002 (Verlag Königshausen und Neumann).

### Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland

Unter diesem Titel sind die Vorträge der vom *Komitee für Grundrechte und Demokratie* initiierten Tagung „Verpolizeilichung der Bundesrepublik – Polizei und Bürgerrechte in den Städten“ vom September 2000 jetzt herausgegeben worden. Die Tagung befaßte sich in grund- und menschenrechtlicher Orientierung mit den Polizeien und ihren kommunalen Strategien.

Die Aufsätze untersuchen vor allem die demokratisch bürgerrechtlichen Auswirkungen der enormen Ausweitung der rechtlichen Befugnisse der Polizeien (z.B. verdeckte Ermittlung, großer Lauschangriff, Schleierfahndung, Aufenthaltsverbote) und deren technische Aufrüstung (z.B. Video- und Telekommunikationsüberwachung).

Die in dieser Dokumentation gesammelten Beiträge, lange vor den Attentaten des 11. September verfaßt, bringen eine Kontinuität zum Vorschein, die zwischen den präventiven Sicherheitskonzepten der vergangenen Jahre und den politischen und den gesetzgeberischen Reaktionen auf die Attentate vom 11. September besteht. Der Aufsatzband kann und will damit zu einem kritischen Verständnis der aktuellen polizeirechtlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland anleiten, die von verschiedenen Autoren als Verpolizeilichung, als autoritärer

Präventions- und Sicherheitsstaat oder als Übergang zum Überwachungsstaat begrifflich gefaßt worden sind.

Die Autoren bieten Analysen, Erklärungen und Denkanstöße, die die gravierenden Veränderungen im Bereich der „Inneren Sicherheit“ und die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen, sowie die ebenso gravierenden Folgen für alle Bürgerinnen und Bürger besser verstehen und politisch einordnen lassen.

Es schreiben Polizeidirektor Udo Behrendes, Prof. Dr. Wolfgang Hecker, Martin Herrnkind, Prof. Dr. Martin Kutscha, Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Dr. Fredrik Roggan, Prof. Dr. Fritz Sack und Manfred Stenner.

Dirk Vogelskamp

*Komitee für Grundrechte und Demokratie* (Hrsg.),  
*Verpolizeilichung der Bundesrepublik Deutschland*,  
Köln 2002, ISBN: 3-88906-099-4

Die Dokumentation ist zum Preis von 10 Euro über den Buchhandel oder das Sekretariat des Komitees (Aquinost. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 02 21-9 72 69 - 20 und - 30, E-mail: *Grundrechtekomitee@t-online.de*) zu beziehen: Presseinformation des *Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.*

### Jus belli

Der Begriff der Verbrechen gegen die Menschlichkeit taucht erstmalig in einer gemeinsamen Note von Russland, Frankreich und Großbritannien aus dem Mai 1915 auf, mit der diese Staaten gegen den von der Türkei an Armenien verübten Völkermord protestierten, auch wenn diese Protestnote noch zu keinem Gerichtsverfahren geführt hat. Die genaue Definition lautete: „Crimes of Turkey against humanity and civilization“.

Der Gedanke, diejenigen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen, die für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sind, ist erst unter dem Eindruck der Schrecken des Ersten Weltkrieges nach und nach entwickelt worden und fand seinen ersten völkerrechtlichen Niederschlag in Art. 227 im Teil VII des Versailler Vertrages. Der Vertrag warf dem ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm II. vor, sich „schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge“ schuldig gemacht zu haben. Der Versailler Vertrag sah auch die Einberufung eines Gerichts vor, vor dem sich der deutsche Kaiser verantworten sollte. Die Strafe sollte nach Ermessen des Gerichts festgesetzt werden. Diese Vertragsbestimmung konnte nicht verwirklicht werden, weil die Niederlande, in die sich der Kaiser geflüchtet hatte, dessen Auslieferung verweigerten. Auf Grund des Versailler Vertrages fanden jedoch 1922 einige minder bedeutsame Verfahren vor dem Reichsgericht in Leipzig unter randständiger Beteiligung von Delegationen der damaligen Siegermächte statt. Die Verfahren endeten mit vergleichsweise milden Strafen. Eine Anmerkung am Rande: Hitler und Göring begegneten sich erstmals 1922 auf einer Protestveranstaltung gegen diese von dem Reichsgericht durchgeführten Verfahren.

Als die *United Nations War Crimes Commission* 1943 begann, die Kriegsverbrecherprozesse vor dem Nürnberger Tribunal mit Richtern ausschließlich aus den Siegermächten vorzubereiten, betrat sie somit völkerrechtliches Neuland. Die Schwierigkeit dieser Kommission bestand wesentlich darin, das Statut für das Tribunal so zu formulieren, daß nur deutsche Kriegsverbrechen, nicht aber solche der Alliierten zur Sprache kamen.

Diese eingeplante Ungerechtigkeit ist noch heute ein ungelöstes Problem, wie die Diskussion über den *International Criminal Court* in Rom ausweist. Die USA, aber auch China, Israel, Jemen, Irak, Qatar und Libyen lehnen bis heute die Ratifizierung des Statuts ab. Diese Staaten fürchten, eigene Staatsangehörige könnten vor dem *International Criminal Court* angeklagt werden. Diese Bedenken waren bei der Formulierung des Statuts vorausgesehen worden. Deshalb hat der Gerichtshof nur eine Ersatzzuständigkeit und mischt sich nicht ein, wenn ein Staat die Untersuchung und das Verfahren gegen die eigenen Staatsangehörigen selbst betreibt. Die Chefanklägerin des Jugoslawien-Tribunals Carla Del Ponte hat es vor der Juristischen Gesellschaft Mittelfranken am 9. September 2000 in Nürnberg so formuliert: „Wichtig für alle zögernden Staaten und deren Politiker ist die Feststellung, daß der ICC, gemäß dem Prinzip der Komplementarität, die nationale Gerichtsbarkeit nicht ersetzt, sondern nur ergänzt. Staaten mit einem funktionierenden Rechtssystem, gepaart allerdings mit dem Willen, dieses auch einzusetzen, werden dem ICC keine Arbeit aufbürden.“

Fortsetzung auf Seite 44

Fortsetzung von Seite 43

Die Gründung des *International Criminal Court* in Rom ist, gerade in Deutschland, als die internationale Durchsetzung des Kriegsvölkerrechts gefeiert worden. Das ist leider unbedeutend. Die Gründung ist nur ein bescheidenes Schrittchen. Was nützen die Regeln in der Satzung der Vereinten Nationen über die Einschränkung des Jus belli, wenn kein unabhängiges

Gericht und keine unabhängige Staatsanwaltschaft bereit stehen, Verstöße zu ahnden, unabhängig vor allem von den Nationalstaaten?

Noch gilt die Klage des Propheten HABAKUK im Alten Testament (1,3): „Es geht Gewalt vor Recht.“

Ulrich Vultejus

## HU-Nachrichten

### BERLIN

Landesgeschäftsstelle der HUMANISTISCHEN UNION  
im Haus der Demokratie und Menschenrechte,  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin,  
Telefon: 030/204 2504 (Mo 10 - 15 Uhr und Mi 16 - 20 Uhr)  
e-mail: [post@bu-bb.de](mailto:post@bu-bb.de), Internet: <http://www.bu-bb.de>

- Im April und Mai haben wir unsere gemeinsam mit der Zeitschrift *Ossietzky* und der *Liga für Menschenrechte* veranstaltete Reihe *Republikanischer Vespers* fortgesetzt. Am 25. April 2002 stand der Einsatz von V-Leuten innerhalb politischer Gruppierungen im Mittelpunkt. Dazu waren Michael Opperskalski (Redaktion *Geheim*), Hannes Honecker (RAV) und Dieter Wüfelspitz (innenpolit. Sprecher der SPD) eingeladen. Unter der Überschrift „Verfassungsschutz und Neonazis: Wer unterwandert wen?“ wurde die unheilvolle Geschichte des V-Leute-Einsatzes beim Verfassungsschutz und die prinzipiellen Probleme der Arbeit verdeckter Ermittler angesprochen: etwa die mangelnde Kontrolle ihrer Tätigkeit durch Behörden, die von ihnen ausgehenden Provokationen zu Straftaten oder die mangelnde Transparenz ihrer Zeugenaussagen in Strafverfahren (siehe dazu Kurzbericht auf Seite 39).
- Nach langen Diskussionen innerhalb des Landesvorstandes wurde auf der Vesper am 30. Mai endlich das Bildungsthema aufgegriffen. Anlässlich der Ergebnisse des PISA-Tests stellten wir die Frage der Bildungsgerechtigkeit. Dazu waren Sanem Kleff (GEW Berlin), Claudia Beindorf (Skandinavistin) und Dieter Lenzen (Erziehungswissenschaftler) eingeladen.
- Im Vorfeld des diesjährigen 1. Mai hatte sich mit Unterstützung der Berliner HU ein Personenbündnis „DenkMaiNeu“ gegründet, welches einen gewalt- und polizeifreien 1. Mai in Kreuzberg erreichen wollte. Dazu wurden vor allem BewohnerInnen des Stadtteils und lokale Initiativen in die Vorbereitung eines Straßenfestes einbezogen, welches die alljährlichen Krawalle verhindern sollte. Nach dem Scheitern dieses Projekts gab es von Seiten der Polizeiführung zahlreiche Versuche, verschiedene linke Demonstrationen zu verhindern bzw. deren Routen zu beschränken. Aus diesem Grund hat der Landesverband kurzfristig eine eigene Demonstration „Wider die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit“ angemeldet, auf der auch die Vertreter des Personenbündnisses auftraten.
- Für den 6. Mai hatten wir gemeinsam mit dem Institut für Recht und Politik eine Diskussionsveranstaltung zu den Entwicklungen im Völkerrecht und der internationalen Politik nach dem 11. September 2001 vorbereitet. Unter dem Titel „Terror und Selbstverteidigung“ diskutierten Prof. Dr. Georg Nolte (Göttingen), Prof. Dr. Norman Paech (Hamburg) und Joscha Schmierer (Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin) über die völkerrechtliche Bewertung des Afghanistan-Einsatzes und alternative politische Verfahrensweisen im Anti-Terror-Kampf (s. Bericht auf Seite 40). Die Podiumsvorträge und die anschließende Diskussion sollen für eine HU-Broschüre aufbereitet werden.

- Zu aktuellen Diskussionen und zur Vorbereitung der nächsten Veranstaltungen laden wir alle Mitglieder und Interessierten zu unseren öffentlichen Vorstandssitzungen ein. Die Sitzungen finden alle zwei Wochen mittwochs um 18.30 Uhr statt. Für die nächsten Termine und weitere Nachfragen bitte an die Landesgeschäftsstelle wenden. Über die Arbeit und die verschiedenen Termine des Landesverbands Berlin informiert auch eine eigene Homepage im Internet, die unter <http://www.bu-bb.de> zu erreichen ist.

### BILDUNGSWERK DER HU NRW E.V.

Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION NRW,  
Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen,  
Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05,  
e-mail: [buero@bu-bildungswerk.de](mailto:buero@bu-bildungswerk.de)  
Internet: <http://www.bu-bildungswerk.de>

- Am 14. Mai 2002 tagte die Mitgliederversammlung des Bildungswerks in Essen und diskutierte die Arbeit der zurückliegenden Monate sowie die aktuelle Lage und Perspektiven des Bildungswerks. In den letzten zwei Jahren - einer Übergangsperiode unter veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen - hat sich die Bildungsarbeit nicht grundsätzlich verändert: Nach wie vor stehen historisch-politische Themen, Bildungsurlaubs-Seminare und Studienseminare im Mittelpunkt des Programms - in den letzten Jahren hinzugekommen sind Themen der Einwanderungs- und Bürgerrechtspolitik.
- Die wissenschaftlich-pädagogische Arbeitsstelle des Bildungswerks hat durch Modellveranstaltungen und Expertisen (siehe auch MITTEILUNGEN Nr.177) wesentlich zur finanziellen Stabilisierung des Vereins beigetragen. Trotz dieser zufriedenstellenden Situation sind die Aussichten nicht rosig: Die Nachrichten über den Landeshaushalt NRW lassen deutliche Einbrüche der Landesförderung, von der das Bildungswerk immer noch in hohem Maße abhängig ist, bereits im Jahr 2003 erwarten. Der Jahresbericht 2001 wird voraussichtlich erst im Juni erscheinen. Interessierte können ihn beim Bildungswerk anfordern.
- Auf folgende Seminar möchten wir aufmerksam machen:  
**Industriekultur im Ruhrgebiet II**  
ein (Bildungsurlaubs-)Seminar vom 9. bis 13. September 2002 in Essen, Duisburg und Oberhausen  
Alte stillgelegte Industrieanlagen, Zechen, Gasometer und Hochöfen werden seit einiger Zeit in ihrer eigentümlichen Schönheit neu entdeckt und umgenutzt. Es sind so nicht nur einmalige Ausstellungsorte und Industriemuseen entstanden, sondern auch Landschaftsparks, neue Gewerbeflächen im historischen Gewand oder riesige Einkaufsstraßen; die Natur erobert Teile der Landschaft zurück und ehemalige Halden werden zu Aussichtspunkten oder künstlerisch gestalteten Landmarken.

Fortsetzung auf Seite 45

### Fortsetzung von Seite 44

Vergangenheit und Zukunft gehen eine neue Verbindung ein: Die Geschichte des Ruhrgebiets und die sozialen Probleme des ökonomischen Strukturwandels wollen wir am Beispiel des Umgangs mit der Industriekultur untersuchen und Fragen nach der Zukunft des Ruhrgebiets stellen. Zu den besonderen Programmpunkten zählen ein Besuch in einem Stahlwerk und in einer Arbeitersiedlung. Experten stehen zu Gesprächen zur Verfügung.

Leitung: Paul Ciupke (Bildungswerk der HUMANISTISCHEN UNION), Claus Stiens (Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur), Kosten: 230 Euro (darin eingeschlossen: Unterbringung in Doppelzimmern Halbpension, Eintritte; Seminargebühren, ohne An- und Abreise), Kosten ohne Übernachtung und Verpflegung: 70 Euro

### Kroatien: Die schwierige Normalisierung

Ein (Bildungsurlaubs)Seminar in Zagreb, Opatija und Split vom 20. bis 29. September 2002

Langsam kehrt in Kroatien Normalität ein, trotzdem ist der Weg in die EU für dieses Land noch sehr weit. Nach dem Ende der Ära des alles bestimmenden Präsidenten Tudjman wird allmählich der Blick für die verschiedensten historischen Problemlagen und politischen Hinterlassenschaften frei: Wir wollen die Geschichte Kroatiens (Österreich-Ungarn, Ustascha-Regime, Jugoslawien) und die politische und soziale Gegenwart samt der Verarbeitung des letzten Krieges in Gesprächen, Vorträgen und Erkundungen genauer kennenlernen.

Geplant sind Ausflüge in die ehemaligen Kriegsgebiete nach Vukovar und Mostar sowie Gespräche mit Politikern, Publizisten, Gewerkschaftern und Angehörigen der serbischen Minderheit.

Vorbereitungsseminar: 7. und 8. September 2002 im DGB-Bildungszentrum Hattingen (In Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk e.V., Düsseldorf), Kosten: 800 Euro

### China: Geschichte und Gegenwart

Ein Studienseminar in Peking, Datong, Wutaishan-Gebirge, Taiyuan, Xian vom 27. September bis 13. Oktober 2002

China ist zur Zeit das Land mit der vielleicht größten Entwicklungsdynamik in der Welt. Nirgends vollziehen sich solche Modernisierungsprozesse, die nicht nur als ökonomische sondern auch als kulturelle aufzufassen sind - gleichwohl verläuft dieser Prozeß regional sehr ungleichzeitig und mit der Gestattung demokratischer Rechte asynchron. Die westliche Welt erreicht ein Land, das sich gleichzeitig seiner eigenen historischen Traditionen sehr bewußt ist und von hieraus auch sein Selbstbewußtsein bezieht. Dieser widersprüchliche Modernisierungsvorgang vor dem Hintergrund der Historie Chinas ist Thema dieser Reise.

Leitung: Ganglin Chen (München), Kosten: 2670 Euro

Anmeldung und weitere Informationen beim Bildungswerk der HU, (Adresse siehe oben)

- Weitere Hinweise und Links auf der Webseite des Bildungswerkes unter „Projekte“ und „Publikationen“!

„Die einzige Zeitung, die ich von der ersten bis zur letzten Seite lese.“

Dr. Heinrich Hannover, Bremen

„Exellent gemacht.“

Dr. Thomas Kuczynski, Berlin

Zweiwochenschrift „Ossietzky“

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH  
Vodere Schöneporth 21, 30167 Hannover

Anzeige

## LANDESVERBAND NRW

Landesverband NRW der HUMANISTISCHEN UNION,  
Kronprinzenstr.15, 45128 Essen,  
Telefon: 0201/22 79 82, Telefax: 0201/23 55 05  
e-mail: bu.bildungswerk@cityweb.de

Der Landesverband NRW ist im Jahre 2001 dem Trägerkreis des *Ingeborg-Drewitz-Preises* für Gefangenenerliteratur beigetreten. Diese Auszeichnung wurde am 26. April in Dortmund verliehen. Siehe Bericht S. 35

## ESSEN

Büro Essen der HUMANISTISCHEN UNION,  
Telefon: 0201/22 89 37, Fax 0201/23 55 05 oder  
Kronprinzenstr.15, 45128 Essen

- Keine neuen Meldungen.  
Weitere Informationen und Kontakt: (Adresse siehe oben).

## DÜSSELDORF

Ortsgruppe Düsseldorf der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o Hildegard Beine, Bankstraße 42, 40476 Düsseldorf,  
Telefon: 0211/491 16 78 oder  
c/o Reinhard Mokros, Thomas-Mann-Str. 25,  
41068 Mönchengladbach, Telefon: 02161/52 104

- Zum Verbandstag der HU von 21. bis 23. Juni in Düsseldorf werden immer noch Helfende gesucht sowie Übernachtungsgelegenheiten. Wer dazu beitragen mag, bitte melden bei Hildegard Beine (s.o.)
- Die Ortsgruppe Düsseldorf trifft sich an jedem zweiten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Bürgerhaus „Salzmannbau“, Raunt 106, Himmelgeister Str. 107, 40225 Düsseldorf. Die nächsten Termine sind voraussichtlich der 08. April, 13. Mai und 10. Juni. Terminänderungen sind jedoch möglich, bitte erkundigen. HU-Mitglieder und Gäste, die mitdiskutieren möchten sowie Themenvorschläge sind willkommen!

## FRANKFURT / MAIN

Ortsverband Frankfurt der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o OV-Vorsitzender Klaus Scheunemann, Telefon: 069/52 62 22

- Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands:  
Mittwoch, 12. Juni 2002, 19.30 Uhr in der „Historix“-Kneipe, U4 Römer. Das Historix liegt im Historischen Museum, auf dem Weg vom Römerberg zum Eisernen Steg, gegenüber dem Fachwerk-Restaurant „Haus Wertheim“. Klaus Scheunemann läßt die Mitglieder aus Frankfurt a.M. und Umgebung im jüngsten Rundschreiben wissen, dass er nicht wieder als OV-Vorsitzender kandidieren wird. Neben seinen beruflichen Verpflichtungen hat der HU-Mitbegründer dieses Ehrenamt seit 1990 verantwortlich ausgefüllt. Zugleich wird im Rundschreiben angedeutet, dass Peter Menne erfreulicherweise bereit ist, diesen Aufgabenkreis zu übernehmen.

Fortsetzung auf Seite 46

### Fortsetzung von Seite 45

- Einladung zum Sommerfest der HU Frankfurt in Hanau-Steinheim  
Samstag, 14. September 2002 ab 16.00 Uhr, Hanau-Steinheim, Am Brückfeldgraben 4, S-Bahn 8, Bahnhof Steinheim, Tel.: 06181-62921  
Im herrlichen, parkartigen Fachhof-Garten der Familie Monika Knaf gibt es eine Woche vor der Bundestagswahl Gelegenheit zu politischen aber auch unpolitischen Gesprächen. Als Mitbringsel erwünscht sind Grillgut (auch vegetarisch), Salate, Kuchen, Säfte, Bier, Wein, Mineralwasser und gute Laune. Und Instrumente. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen. Gut erreichbar mit S8, Station Steinheim, 800 m. Weg.  
PS: Das Sommerfest hat „Open End“!

## HAMBURG

Landesverband Hamburg der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o Hauke Borchert, Telefon: 040/739 51 34

- Termine und Orte der Treffen des LV Hamburg bitte erfragen über Hauke Borchert. Mitglieder und Neugierige sind willkommen!

## MAINZ-WIESBADEN

Ortsverband Mainz-Wiesbaden der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o OV-Vorsitzender Hans-Peter Terno, Wallaustrasse 37, 55118 Mainz,  
Telefon: 06131/61 86 26 (priv.) und 06131/146 74 53 (dienstl.)

- Der Ortsverband ist nach dem berufsbedingten Rückzug des langjährigen Ansprechpartners Hans-Peter Terno verwaist. Ein/e Nachfolger/in hat sich leider derzeit noch nicht finden lassen. Interessierte sind gebeten, sich mit der HU-Bundesgeschäftsstelle in Verbindung zu setzen.

## MARBURG

Ortsverband Marburg der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o Franz-Josef Hanke, Furthstr. 635037 Marburg,  
Telefon: 06421/666 16  
e-mail: [ortsverband@hu-marburg.de](mailto:ortsverband@hu-marburg.de)  
Internet: <http://www.hu-marburg.de>

- HumanistInnen-Treff: am jeweils letzten Dienstag jeden Monats findet im Bistro „Rendezvous“ (Frankfurter Straße 2a) der offene Stammtisch des HU-Ortsverbands Marburg statt. Das Treffen beginnt um 20 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich an den Diskussionsabenden zu beteiligen.
- Am 14. Mai 2002 fand an der Marburger Universität eine Informationsveranstaltung zum Thema Rasterfahndung statt. Unter dem Titel: „AusGERASTERT?!? - Data Morgana bei der Suche nach zukünftigen (!) Tätern.“ referierte Rechtsanwalt Peter Hauck-Scholz zur aktuellen Rasterfahndung nach den Terroranschlägen in den USA. Der Referent - Fachanwalt für Verwaltungs- und Arbeitsrecht - hat 1983, gemeinsam mit einigen anderen Rechtsanwälten, vor dem Bundesverfassungsgericht das bekannte Volkszählungsurteil mit erstritten und ist Mitglied der HU, des *Republikanischen Anwaltsvereins* (RAV) und der *Deutschen Vereinigung für Datenschutz* (DVD).

Die Veranstaltung wurde von der HU gemeinsam bestritten mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss der Uni Marburg, dem *Bund demokratischer WissenschaftlerInnen* (BdWi), dem *Deutschen Gewerkschaftsbund* (DGB) OV Marburg sowie einigen unabhängigen Studierenden.

- Neuer Diskussionskreis „Humanismus, Bürgerrechte, Friedensarbeit“  
Interessierte wenden sich bitte per e-Mail an: [rink@hu-marburg.de](mailto:rink@hu-marburg.de) oder tragen sich in die Liste ein unter <http://www.hu-marburg.de/bbf>

## LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Landesverband Niedersachsen  
c/o Ute Kübling, Lister Straße 21, 30163 Hannover  
Tel.: 0511/3946942

- Keine neuen Meldungen.

## REGIONALVERBAND NORDBAYERN

Regionalverband Nordbayern / OV Nürnberg  
c/o Irene Maria Sturm, Augustinstr. 2, 92421 Schwandorf,  
Telefon: 09431/42348 (Telefax: -42954), e-mail: [i.sturm@sadnet.de](mailto:i.sturm@sadnet.de)  
oder c/o Sophie Rieger, Günthersbühlerstr. 38, 90491 Nürnberg,  
Telefon: 0911/59 15 24

- Nachtrag: Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstands  
Ende letzten Jahres fand eine Mitgliederversammlung statt, bei der (nach Diskussion und erfolgter Entlastung) das bisherige Dreierteam bestehend aus Irene Maria Sturm, Sophie Rieger und Refiye Kizilay erneut gewählt wurde. Im Frühjahr unterstützte der Regionalverband übrigens eine eigens gegründete Bunte Internationale Liste (BIL) von EU-Bürgerinnen im Wahlkampf zu den bayrischen Kommunalwahlen.
- In der kommenden Zeit soll u.a. der Gesprächskreis Philosophie weiter unterstützt werden, um regen Zulauf (weilersagen!) wird gebeten. Der nächste Termin:  
10. Gesprächskreis Philosophie eine Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bildungswerk der HU Bayern, Deutscher Freidenkerverband, Landesverband Bayern, Fachverband Ethik, Landesverband Bayern  
Freitag, 14. Juni um 19 Uhr, Villa Leon (Alter Schlachthof, Philipp-Körberweg 1, Nürnberg), Thema: „Religiöser Fundamentalismus und Fanatismus in der Welt von heute.“  
Es referiert Helmut Steuerwald (Autor: „Kritische Geschichte der Religionen und freien Weltanschauungen“)

## RV MÜNCHEN SÜDBAYERN

RV München - Südbayern der HUMANISTISCHEN UNION,  
c/o W. Killinger, Paul-Hey-Str. 18, 82131 Gauting,  
Telefon: 089/850 33 63, Telefax: 089/89 30 50 56,  
e-mail: [w.killinger@link-m.de](mailto:w.killinger@link-m.de)

- Der Regionalverband lädt ein zu einem Vortrags- und Diskussionsabend „Ein Zeitzeuge klagt an“ am Mittwoch, den 19. Juni 2002, 19.30 Uhr, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1b, München. Eine Gemeinsame Veranstaltung der  
*Fortsetzung auf Seite 47.*

### Fortsetzung von Seite 46

HU RV München-Südbayern zusammen mit der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* und dem *Bund der Antifaschisten*, München. Friedrich Rische (Düsseldorf), Abgeordneter im ersten deutschen Bundestag (KPD), spricht über Bürgerrechtsverletzungen und Justizopfer im Kalten Krieg - ein Stück verdrängter deutscher Geschichte. Er berichtet als Zeitzeuge von den politischen Vorgängen um das KPD-Verbot und den Extremisten-Beschluss und reklamiert die überfällige Rehabilitierung der Opfer. Er stellt die aktuelle Frage: *Geschicht in unserer Gegenwart ein vergleichbarer Abbau von Grundfreiheiten und Verfassungsrechten, damals unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Kommunismus“, heute unter dem Vorwand der „Terrorismus“-Bekämpfung?*

Der Referent Friedrich Rische, Jahrgang 1914, wurde von den Nazis wegen „Hochverrat“ verurteilt. Von 1949 bis 1953 war er für die KPD Abgeordneter im ersten Deutschen Bundestag und im Wirtschaftsrat. Aufgrund seiner politischen Gesinnung, wegen seiner Aktivitäten um die deutsche Einheit, für den Abschluss eines Friedensvertrages und gegen die Militarisierungspolitik wurde er in der Adenauer-Ära vom Bundesgerichtshof zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Er ist Mitglied der „Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges“ in Essen. Rische ist ferner Autor des Werkes „Der KPD-Verbotprozess“ (Röderberg-Verlag), Mitautor und Verfasser zahlreicher Beiträge zu aktuellen politischen, zeitkritischen und sozialen Themen (in Büchern und Zeitschriften).

#### Spendenauf Ruf

Unterstützen Sie unsere politische und kulturelle Arbeit in München-Südbayern! Unsere Kasse ist wieder leer. Wir können anspruchsvolle Veranstaltungen wie in der letzten Zeit nur fortsetzen, wenn wir dafür zusätzliche Spenden erhalten. Machen Sie einen Anfang: Für die obenstehende Veranstaltung! Konto: HUMANISTISCHE UNION e.V. OV München, Konto-Nr. 178855-800 Postbank München BLZ 700 100 80.

Ihre Spende an die HU können Sie voll von der Steuer absetzen. Wir senden Ihnen Anfang des nächsten Jahres dazu unaufgefordert eine Spendenbescheinigung zu.

- Unser diesjähriges Sommerfest ist am Samstag, den 13. Juli vorgesehen. Reservieren Sie sich bitte den Nachmittag und Abend. Eine Einladung folgt noch.
- Unter dem Titel „Gläserner Mensch“ hat sich ein Arbeitskreis konstituiert, der aufklären will über die Datenspur, die Otto Normalverbraucher und Erika Musterfrau in ihrem Alltag hinterlassen. Zunächst soll gezeigt werden, wie riskant die verbreitete Haltung „Ich habe nichts zu verbergen“ ist. Wer einschlägige Erfahrungen und/oder Interesse hat, ist herzlich eingeladen, teilzunehmen.
- Der AK trifft sich wieder am 1. Juli 2002, 20 Uhr, im Enhubertreff, Enhuberstraße 9, U-Bahn Theresienstraße.
- Die Sitzungen des RV-Vorstandes finden regelmäßig einmal im Monat statt und sind Vereinsöffentlich.
- HU-Info per E-Mail: Wir bieten an, HU-Nachrichten, die in elektronischer Form verfügbar sind, per E-mail an Mitglieder und Interessierten zu senden. Wer diesen Dienst nutzen möchte, wird gebeten, eine entsprechende Mitteilung an [w.killinger@link-m.de](mailto:w.killinger@link-m.de) zu senden.

## BILDUNGSWERK DER HU BAYERN

*Bildungswerks der HUMANISTISCHEN UNION Bayern e.V.,  
c/o Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing,  
Telefon: 089/854 26 09*

- **Neue Adresse: Enhuber Treff**  
Das Bildungswerk der HU Bayern e.V. hat seit kurzer Zeit eine „richtige“ Adresse im „Enhuber-Treff“ in München, einem neugegründeten Zentrum für Humanismus, Soziale Dienste, Kunst und Wissenschaft in der Enhuberstr. 9, 80333 München.  
Was dort sonst noch alles läuft, kann im Internet betrachtet werden unter <http://people.freenet.de/EnhuberTreff/EnhuberTreffen.htm>  
Neben Gesprächskreisen ist am neuen Ort auch anderes geplant, u.a. Erotik-Lesungen mit den „Grägs“ (die legendären Gräfelfinger Gelegenheitsschreiber unter Beteiligung einiger HU-Aktiver), die nächsten Termine sind der 21. Juni, 27. September, 22. November, jeweils freitags ab 19 Uhr. Weiter geplant sind auch Lyrik-Abende mit „Grägs + Rind und Schlegel“ - die nächsten Termine sind am 23. Oktober und 18. Dezember, jeweils mittwochs ab 18 Uhr.
- **Aktuelle Veranstaltungshinweise** aus dem Enhuber-Treff gibt es über das Internet: <http://enhuber.de.vu> oder per E-Mail: [enhuber9@freenet.de](mailto:enhuber9@freenet.de)
- Das Bildungswerks Bayern der HU lädt ausserdem ein zu dem Gesprächskreis Philosophie: „Gentechnik und Menschwerdung/ Menschsein“  
Oftener Informations- und Diskussionskreis für alle, die mitreden oder nur zuhören möchten, mit Johannes Glötzner und Prof. Volker Bialas. (Ein weiterer Gesprächskreis Philosophie findet zusammen mit dem RV Nordbayern/ OV Nürnberg statt.) Mittwoch, den 19. Juni, 18 bis 20 Uhr, Haus der Pädagogik, Herrnstr. 19 (beim Isartor München)
- Aktuelle Angaben zu den Treffen sind auch zu erfahren über Johannes Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing, Tel.: 089-854 26 09

## KONTAKTADRESSE STUTTGART

*Jürgen Kirschner  
Schönauer Straße 17, 70569 Stuttgart,  
Telefon und Fax: 0711/538899  
e-mail: [HuStuttgart@aol.com](mailto:HuStuttgart@aol.com)*

- Die derzeit noch eher virtuelle Kontaktadresse Stuttgart ist erreichbar über das HU-Mitglied Jürgen Kirschner, bevorzugt am Wochenende nachmittags oder am frühen Abend.

**vorgänge** Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

### Regelmäßige Infos per e-mail

- Ja, ich möchte in den Mailverteiler der *vorgänge* aufgenommen werden und regelmäßig über die Inhaltsverzeichnisse und Aktivitäten der Zeitschrift informiert werden. (Die Redaktion versichert, daß Ihre Angaben streng nach den Richtlinien des Datenschutzes behandelt werden.)

e-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

## vorgänge Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik

Inhalt (Auswahl) 41. Jahrgang, Juni 2002, Heft 2

### „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft“

Editorial:

**Jürgen Falter:**

Politik im medialen Wanderzirkus

Wie Inszenierung die Politikverdrossenheit befördert

**Ulrich Sarcinelli:**

Politik als „legitimes Theater“?

Über die Rolle des Politischen in der Mediendemokratie

**Thomas Meyer / Christian Schicha/Carsten Brosda:**

Die Theatralität des Wahlkampfes

Politische Kampagnen und sozialwissenschaftlicher Theatralitätsbegriff

**Klaus Schütz:**

Die Lehren aus Kennedys Kampagne

Ein Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 1961

**Thomas Leif:**

Verkürzte Realität, verflachter Sinn, stillgelegter Diskurs

Von den Auswirkungen medialer Präsenz

**Jenny Simon:**

Und ewig lockt der Spin Doctor

Zur Genealogie eines neuen Berufszweigs

**Günter Bentele:**

Inszenierung als Kulturtechnik

Warum die moderne Gesellschaft ihre Spin-Doctors braucht

**Thymian Bussemer:**

Propaganda als Herrschaftstechnik

Zur Demokratieverträglichkeit persuasiver Kommunikation

**Andreas Dörner / Ludgera Vogt:**

Das Forsthaus als eine moralische Anstalt betrachtet

Politikvermittlung zur Primetime

**Uwe-Karsten Heye:**

Kommunikation als Dienstleistung

Die Neuorientierung des Bundespresseamts

**Matthias Machnig:**

Für eine Wertedebatte im Wahljahr

Über die Möglichkeiten politischer Kommunikation

**Meinungsforscher Richard Hilmer im Interview:**

„Die Konfrontation wird 2002 nicht von den Kandidaten ausgehen“

Essay:

**Herrfried Münkler:**

Die Bürgergesellschaft – Kampfbegriff oder Friedensformel?

Potenzial und Reichweite einer Modeterminologie

Kommentare und Kolumnen:

**Steffen Mau:**

Die Arbeitslosen als Problemfall?

Zu einigen Verkürzungen in der Debatte um den aktivierenden Sozialstaat

Bestellungen über den Verlag Leske und Budrich, Gerhard-Hauptmann-Str. 27,  
Postfach 300 551, 51334 Leverkusen, Tel. 021 71-4907-0 Fax: 02171-4907-11.

### IMPRESSUM

**Verlag:** HUMANISTISCHE UNION e.V.

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Telefon: 0 30/20 45 02-56, Telefax: 0 30/20 45 02-57

Internet: <http://www.humanistische-union.de>

e-mail: [hu@ipn-b.de](mailto:hu@ipn-b.de)

**Redaktion:** Tobias Baur (T.B.)

**Mitarbeit:**

Lea Kehr, Melanie Kleinert, George Koch, Jan Gattnar

**Diskussionsteil:**

Franz Josef Hanke, Furthstraße 6, 35037 Marburg,

e-mail: [diskussionsredaktion@hu-marburg.de](mailto:diskussionsredaktion@hu-marburg.de)

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten  
die AutorInnen; Kürzungen bleiben der Redaktion vorbehalten.

**Bankverbindung:**

SEB AG, Bankleitzahl: 100 101 11, Kontonummer 19 886 698

**Satz:** ernst./Jan Gattnar, Berlin

**Druck:** Grafa Druckerei, Berlin

**Erscheinungsweise der MITTEILUNGEN:** vierteljährlich

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 24. Mai 2002

**Redaktionsschluß nächste Ausgabe:** 26. August 2002

ISSN 0046-824X

## Coupon – ausschneiden und/oder kopieren und weitergeben !

- Senden Sie mir mehr Informationen über die HUMANISTISCHE UNION, die älteste Bürgerrechtsorganisation Deutschlands.
- Ich möchte mich für die Bürgerrechte engagieren und Mitglied der HUMANISTISCHEN UNION werden.
- Ich unterstütze die Arbeit der HUMANISTISCHEN UNION mit einer Spende,
- Kontonummer 1 988 669 800 bei der SEB AG, Bankleitzahl 100 101 11 und möchte eine Spendenquittung.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: HUMANISTISCHE UNION e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin